Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben! **„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“**

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 5.	Berlin, 29. Januar 1932.	13. Jahrg.

Inhalt:

Das Heimatrecht der Deutschen in Posen.

Was vor Jahrhunderten war, kann für die Berechtigung eines gegenwärtigen Besitzanspruches an einem Lande nicht in erster Linie maßgebend sein. Mit historischen Argumenten kann ein solcher Anspruch vor allen Dingen dem Ausland gegenüber nicht vertreten werden, da dieses dem strittigen Gebiete gegenüber nicht dasselbe Gefühl der inneren Verbundenheit besitzt, wie man es bei den unmittelbar beteiligten Parteien voraussetzen kann. Trotzdem sind die geschichtlichen Argumente nicht zu entbehren. Denn was früher war, das gibt den Hintergrund ab, auf dem sich die Auseinandersetzung über die gegenwärtigen Ansprüche abspielt. Je klarer dieser Hintergrund ist, um so deutlicher sind auf ihm die Schriftzeichen des deutschen Rechtes zu erkennen.

Polen behandelt die Deutschen, die heute noch im uns entrissenen Gebiete leben, *als geduldete Gäste*, die dem polnischen Staatsvolke dafür dankbar sein müßten, daß sie noch im Lande bleiben dürfen. Es behandelt sie als Landfremde, die keinen Anspruch darauf haben, das Land, in dem sie leben, als ihre Heimat anzusprechen. Dieser Einstellung liegt eine völlige Verfälschung geschichtlicher Tatsachen zugrunde; von polnischer Seite wird nämlich behauptet, daß die Deutschen in das Posener Land in größerer Zahl erst unter preußischer Herrschaft und zwar unter gewaltsamer Verdrängung des alteingesessenen Polentums ins Land gekommen seien, in früheren Jahrhunderten dagegen dort bestenfalls eine völlig untergeordnete Rolle gespielt hätten. Wenn das tatsächlich so wäre, dann bestände allerdings die polnische Behauptung, daß das Deutschtum im Posener Lande kein Heimatrecht habe, zu Recht.

Wie ist es aber nun in Wirklichkeit gewesen? Das Posener Land hat — anders als Pommerellen — zwar niemals eine deutschsprechende Bevölkerungsmehrheit besessen (was das Vorhandensein einer deutsch*gesinnten* Mehrheit nicht ausschließt!); es ist auch erst zu verhältnismäßig später Zeit Bestandteil eines deutschen Staates geworden. Aber es ist doch nicht etwa so, wie es die polnische Propaganda am liebsten hinstellen möchte, daß der Strom der früher deutschen Kolonisation, der in breiter Front von Elbe und Saale aus nach Osten vorrückte, das Wartheland umgangen hätte. Posen wurde schon frühzeitig, wenn auch nicht in demselben Maße wie Schlesien und das Küstenland der Ostsee, von der mittelalterlichen Ostbewegung des deutschen Volkes so nachhaltig erfaßt, daß es *bereits im 13. Jahrhundert aufgehört hatte, ein rein polnisches Land zu sein, und angefangen hatte, eine Heimat zweier Völker zu werden, von denen das eine an Zahl und das andere an Tüchtigkeit überwog.* Dem wegbereitenden Zisterzienser- und Johaniterorden war im 13. Jahrhundert die erste deutsche Siedlungswelle gefolgt, die dem Posener Lande seine nach Westen weisenden Wesenszüge für immer aufgeprägt hat. So stark hatten die von deutschen Bürgern bewohnten Städte und die mit deutschen Mönchen besetzten Klöster bereits am Anfang des 14. Jahrhunderts das völkische und vor allem das kulturelle Gesicht des Landes bestimmt, daß dessen völliges Aufgehen im Deutschtum bevorzustehen schien, als damals im benachbarten Pommerellen der Staat der Deutschritter erstand und zu gleicher Zeit Herzog Heinrich von Glogau vorübergehend seine Herrschaft auf Posen ausdehnte. Schon damals hatte *unter dem Einfluß der deutschen Kolonisation das immer vorhandene Absonderungsbestreben des großpolnischen Adels gegenüber den anderen Landesteilen Polens* eine solch nachhaltige Stärkung erfahren, daß alle zentralistischen Bestrebungen der polnischen Könige und der kleinpolnischen Schlachta hier auf den entschiedensten Widerstand stießen. Bezeichnend für seine Sonderstellung ist es, daß Posen an den endlosen Kriegen, die das polnische Reich an seinen Ostgrenzen gegen Türken, Tartaren, Moskowiter und Kosaken führte, fast gar keinen Anteil nahm, sich dagegen stärker als irgendein anderer Teil des Reiches der Reformationsbewegung zuwandte, die — nach einer Zeit des Niederganges — dem Deutschtum in Polen neue Entfaltungsmöglichkeiten gab.

Die deutsche Einwanderung nach Polen, die während des Dreißigjährigen Krieges von neuem einsetzte, konnte auf der mittelalterlichen Kolonisation fortbauen, deren Grundlagen sich erhalten hatten, obwohl allmählich der Zuzug neuer Kolonisten aus dem deutschen Mutterlande ausgeblieben und die stärkende Nachbarschaft des deutschen Ordens verschwunden war. Von den etwa 200 000 Menschen, die, wie man berechnet hat, in der Zeit des Religionskrieges allein aus Schlesien abgewandert sind, ist wohl der größere Teil ins benachbarte Posen gekommen. Hier wurden die deutschen Kolonisten von den polnischen Grundherren, Klöstern und Starosten mit Freuden als Träger eines höheren kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aufgenommen. Die polnischen Grundherren gingen so weit, in den benachbarten deutschen Gebieten durch Sendboten und „Reklameblätter“ Kolonisten anzuwerben, deren Tüchtigkeit und Beliebtheit sich aus zahlreichen Urkunden dieser Zeit nachweisen läßt. So heißt es z. B. im Gründungsprivileg der Stadt Rawitsch vom Grundherrn Pryjemski: Er gründe die Stadt in Betracht dessen, was für Nutzen, Aufnahme, Ehre und Zierde der Krone Polen von fremden, ausländischen, in dieses Land berufenen Leuten von altersher zuwachsen, als welche mit ihrer Mühe, Fleiß und Unkosten die Stadt Krakau gezieret, die Städte Lemberg und Posen gebauet und viele andere Grenzorte und Städte fundiert und aufgerichtet haben. *Posen wurde damals durch die deutsche Zuwanderung zum dichtest besiedelten, gewerbereichsten und kunstsinnigsten Teil des polnischen Staates.* Von Lissa konnte Amos Comenius schreiben: „So herrlich ist hier Bürgertum, Gewerbe, Handel und Religion emporgeblüht, daß diese Stadt an wunderbarer Anmut alle Städte Polens hinter sich läßt.“ Der Einfluß der Deutschen nahm im Posener Lande einen gewaltigen, die Kulturverhältnisse neugestaltenden Umfang an. Neben den hörigen polnischen Bauern, die in dumpfer Bedeutungslosigkeit dahinvegetierten, gab es zwei Bevölkerungsteile im Lande, die dessen Geschichte fortan bestimmten: die deutschen Städter und den polnischen Adel. Bei aller Feindschaft gegeneinander waren sich diese beiden Volksteile doch einig darin, daß Posen alte Sonderrechte gegen das übrige Polen zu vertreten habe. Dieses Sonderbewußtsein hat im 17. Jahrhundert eine solch ausgeprägte Steigerung erfahren, daß es schlechthin bestimmend für die Posener Entwicklung wurde: *Posen begann sich allmählich vom polnischen Reichskörper zu lösen. Es wuchs langsam in das brandenburgisch-preußische Staatswesen hinein.* Es ging seine

eigenen Wege, ohne sich noch viel um das Schicksal des Gesamtreiches zu kümmern. Als Karl Gustav von Schweden im Jahre 1655 in Polen einbrach, wählte ihn der Adel der Wojewodschaften Posen und Kalisch zu seinem König; und der Adel leistete zunächst auch keinen Widerstand, als der Schwede dem Brandenburger im folgenden Jahre den Titel eines „Königs von Großpolen" anbot und damit das Posener Land vorübergehend unter die Herrschaft des Großen Kurfürsten kam. Und als einige Jahre später, im Dezember 1659, die Brandenburger unter ehrenvollen Bedingungen, „mit klingendem Spiel, fliegenden Fahnen und brennender Lunte", aus ihren Posener Garnisonen abrückten, kam zwischen dem Kurfürsten und dem großpolnischen Adel eine Vereinbarung zustande, in der den Protestanten Großpolens das Recht der freien Religionsausübung zugesagt und den brandenburgischen Nachbarn für die Folgezeit ein Interventionsrecht zugunsten der dissidentischen Glaubensgenossen eingeräumt wurde.

Je ungehemmter die Willkürmacht des Adels wurde, um so stärker wurden die den Zusammenhalt des Reiches auseinandersprengenden Kräfte. In Posen waren das in erster Linie die protestantischen Deutschen, die der Posener Wojewode Stephan Garczynski in seiner 1751 herausgegebenen Schrift über die Anatomie des polnischen Staates als den Volksteil bezeichnete, der fast allein noch bürgerliche und bäuerliche Betriebsamkeit im Lande verkörperte. In den Deutschen wurde durch die Adelsherrschaft eine Erbitterung großgezogen, die jede staatsbejahende Gesinnung und jedes Einwurzeln im Polentum unmöglich machte. Man kann ihnen aus dem Wunsche, unter brandenburgische Herrschaft zu kommen, wo es Ordnung und Rechtssicherheit gab, um so weniger einen Vorwurf machen, als sich auch der polnische Adel selbst fortgesetzt gegen den eigenen Staat auflehnte, deutsche Fürsten, wenn es ihm nützlich erschien, um Hilfe anrief und den von Karl XII. aufgestellten Gegenkönig Stanislaus Leszczynski gegen August II., den Kurfürsten von Sachsen und den rechtmäßigen König von Polen, unterstützte. Und um so weniger kann man die Haltung der Deutschen in Posen als einen Verrat am polnischen Staate ansehen, als König August II. von Polen selbst dem russischen Zaren und dem Kurfürsten von Brandenburg Teile seines Reiches anbot, um ihre Hilfe gegen den aufsässigen Adel zu gewinnen.

Polen zerfiel. Und das Posener Land fiel im Jahre 1793, 21 Jahre nach Pommerellen, dem preußischen Staate als reife Frucht in den Schooß. Mit der Besitzergreifung durch Preußen kam eine Entwicklung zum Abschluß, die schon Menschenalter zuvor von weitblickenden Polen als zwangsläufig vorausgesagt worden war. So unendlich verschieden die Zustände in der Adelsrepublik von dem waren, was jetzt im Posener Lande von der preußischen Verwaltung aufgebaut wurde, so führten doch tausend Fäden aus der alten in die neue Zeit hinüber. Den preußischen Truppen wurde bei ihrem Einmarsch in Posen kein irgendwie nennenswerter Widerstand entgegengesetzt. Nur ein Teil des Adels lehnte die preußische Herrschaft ab, weil er um seine Herrenrechte bangte; aber er war zu kraftlos und zu unentschlossen, um sich zu einem ernsten Protest aufraffen zu können. Die übrige Bevölkerung begrüßte den Übergang ihres Landes an Preußen als den Beginn einer besseren Zeit oder stand dem Ereignis ohne innere Anteilnahme gegenüber. Die preußische Herrschaft bedeutete für Posen nichts grundsätzlich Neues. Sie hat nur die schon im 13. Jahrhundert einsetzende Annäherung des Landes ans Deutschtum so weit gefördert, daß das neue Polen jetzt seine Zuflucht zu den gewaltsamen Methoden der Entdeutschung nehmen mußte, um ihren Fortgang aufzuhalten und zu stören. Als Posen an Preußen fiel, war es schon ein halb deutsches Land. Es war schon damals die Heimat zweier Völker. Es ist wahr: Posen ist einmal die Wiege des polnischen Staates gewesen; aber das liegt tausend Jahre zurück. Das Schwergewicht des polnischen Volkstums hat sich heute nach Osten verlagert. Im neuen Staat hat sich der russische und galizische Pole als stärker erwiesen. Das Posener Polentum steht vor der Wahl, seine Eigenart zugunsten des Ostens aufzugeben oder aber sie in Zusammenhalt mit dem Deutschtum zu wahren. Denn seine Eigenart ist in ihrem wesentlichsten Teil ein deutsches Erbe. Es trifft zwar zu, daß die deutschfeindlichste Partei, die Nationaldemokratie, gerade in Posen ihre Hauptstütze hat. Aber man hat sich im Jahre 1919 wohl gehütet, die Deutschenfeindschaft Posens durch eine Volksabstimmung auf die Probe zu stellen. Auch ohne den Nachweis, den diese Volksabstimmung zweifellos erbracht hätte, kann die Sonderart des Posener Polentums aus der Vergangenheit wie aus der Gegenwart festgestellt werden. Denn wenn es heute wieder wie im altpolnischen Reiche seine unverhohlene Abneigung gegen die Warschauer Polen bekundet, so beweist es damit im Grunde trotz aller zur Schau getragenen Feindschaft gegen die Deutschen doch nur, daß es zuviel von deutschem Blut und Wesen in sich aufgenommen hat, um sich dem Polentum der anderen Gebiete noch vorbehaltlos anschließen zu können.

Dr. K.

Die polnische Rüstungsindustrie.

Der Diktator Polens, Marschall Pilsudski, ist nicht nur der Schöpfer und Organisator der polnischen Armee, sondern auch der polnischen Rüstungsindustrie, die in absehbarer Zeit in der Lage sein wird, eine Armee von etwa 4 Millionen Mann mit Munition, den notwendigsten Waffen und anderen Ausrüstungsgegenständen zu versorgen. Die ersten Anfänge einer selbständigen polnischen Rüstungsindustrie fallen in die Zeit nach dem Frieden von Riga, der den sowjetrussisch-polnischen Krieg beendete. In diesem Feldzuge im Sommer des Jahres 1920 entging die polnische Armee mit knapper Not der völligen Vernichtung durch die in sehr primitivem Zustand befindlichen bolschewistischen Truppen. Die polnische Armee zeigte damals ein sehr buntes Bild. Die Bekleidung bestand aus deutschen, österreichischen und französischen Uniformen, und die Bewaffnung wies alle Waffenarten dieser Staaten auf. Die Versorgung mit der passenden Munition und allen möglichen Ersatzteilen war äußerst schwierig und hätte beinahe zur Vernichtung der Armee geführt.

Die Entwicklung einer eigenen Rüstungsindustrie vollzog sich zunächst sehr langsam. Zu einem schnellen Aufbau fehlten nicht nur die Geldmittel, sondern auch die Erfahrungen. Andererseits hatte natürlich Frankreich großes Interesse daran, Polen in bezug auf die militärische Ausrüstung möglichst lange in seiner Abhängigkeit zu belassen, um der hochentwickelten französischen Rüstungsindustrie einen Abnehmer zu sichern. Pilsudskis Ehrgeiz ist aber auf die Errichtung einer bodenständigen staatlichen oder staatlich beaufsichtigten Rüstungsindustrie gerichtet, denn er will trotz des militärischen Bündnisses mit Frankreich Polens Rüstung von seinem Bundesgenossen möglichst unabhängig machen. Und da Polen unaufhörlich weiterrüstet, liegt darin ein Beweis für die großen Fortschritte der polnischen Rüstungsindustrie, für die es eine Finanznot des polnischen Staates nicht gibt.

Die Waffen- und Munitionsindustrie ist allerdings noch nicht in der Lage, mit der eigenen Erzeugung die Arsenale zu füllen. Die wiederholten Verlautbarungen polnischer Militärs, die polnische Rüstungsindustrie sei hinsichtlich der Herstellung von Gewehr- und Geschützmunition bereits unabhängig vom Auslande, sind vorläufig noch Übertreibungen. In Warschau-Wola befindet sich die einzige Gewehrfabrik Polens, die seit einigen Jahren ein dem deutschen Militärgewehr ähnliches Modell herstellt. Es soll allmählich bei allen gewehrtragenden Waffengattungen eingeführt werden und die noch verwendeten alten deutschen, österreichischen und französischen Modelle ablösen.

Im Industriebezirk Radom-Kielce, in Zagordzon, befindet sich das größte Werk der polnischen Rüstungsindustrie. Es ist mit den neuesten Errungenschaften der Technik ausgerüstet und arbeitet nach den jüngsten Erfahrungen der Kriegswissenschaft und Waffentechnik. Hergestellt werden hier Maschinengewehre, leichte und schwere Geschütze, Grabenmörser, Minenwerfer und die dazugehörige Munition. Für den Schutz der Anlagen vor Angriffen aller Art, besonders auch vor Fliegern, sind umfassende Vorkehrungen getroffen. Ein Teil der wichtigsten Werkanlagen ist unterirdisch angelegt. Die Anzahl der hier beschäftigten Arbeiter ist nicht genau bekannt; sie wird mit 4000 bis 5000 angegeben. Selbstverständlich sind die hier Beschäftigten stark gesiebt und müssen politisch einwandfreie Nationalpolen sein. Eine größere Munitionsfabrik, die hauptsächlich Geschützmunition zusammensetzt, befindet sich in Rembertow bei Warschau.

Der schwache Punkt der polnischen Rüstungsindustrie liegt vorläufig noch in der Herstellung von Flugzeugen und Kraftfahrzeugen, da die Abhängigkeit vom Auslande wegen Mangels an guten Motoren noch nicht überwunden werden konnte. Die Zeit der „fliegenden Särge" im Flugzeugbau ist aber vorbei. Die Stabilität der polnischen Flugzeuge konnte in der letzten Zeit beträchtlich verbessert werden. Mit großem Kostenaufwand sind in Lublin und Biala-Podlaska große Flugzeugfabriken errichtet worden, die alle für den Flugzeugbau notwendigen Teile herstellen. Das gleiche gilt für den Bau von Kraftfahrzeugen, der in den Autowerkstätten in Warschau zentralisiert ist, einem staatlich-militärischen Unternehmen, das mit dem polnisch-französischen Unternehmen Frankopol zusammenarbeitet. Beschäftigt sind hier etwa 1000 Personen, außerdem eine große Anzahl abkommandierter Militärs aller Dienstgrade. Wenn es den polnischen Skodawerken gelingen sollte, die Fortschritte der größeren Industriestaaten im Motorbau wenigstens teilweise einzuholen, dann würde die polnische Rüstungsindustrie ziemlich unabhängig vom Auslande, denn Polen verfügt über alle hierzu erforderlichen Rohstoffe.

Auch für den chemischen Krieg rüstet Polen. Bisher konzentrierte sich die Herstellung der chemischen Kampfmittel auf das Werk in Chorzow und das Gasinstitut und die Gasschule in Warschau; neuerdings arbeitet auch die strategisch günstig gelegene neue chemische Fabrik in Tarnow in Galizien für die Gasrüstung. Die neuen Eisenbahnanlagen in Westpolen sind nach strategischen Gesichtspunkten angelegt; sie sollen jetzt mit französischem Kapital weiter ausgebaut werden. Die polnische Aufrüstung trägt keinen Verteidigungs-, sondern ausgesprochenen Angriffscharakter.

Arthur Zmarzly-Bofrei.

Von der „Organisierung des Friedens“ im Osten.

Der polnisch-russische Nichtangriffspakt paraphiert.

Im Konferenzsaal des Außenkommissariats der Sowjetunion in Moskau wurde am 5. Januar der russisch-polnische Nichtangriffsvertrag durch Außenkommissar Litwinow und den polnischen Gesandten Dr. Patek paraphiert. In der Einleitung wird zunächst festgestellt, daß der Friedensvertrag vom Jahre 1921 weiterhin die Grundlage der gegenseitigen Beziehungen und Verpflichtungen zwischen Polen und der Sowjetunion bildet und der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die friedliche Schlichtung internationaler Streitfälle sowie die Beseitigung all dessen, was den normalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten widersprechen würde, das sicherste Mittel auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles bildet. Es wird erklärt, daß keine der bisher eingegangenen Verpflichtungen ein Hindernis in der Entwicklung der friedlichen Beziehungen bilde, noch im Widerspruch mit dem abgeschlossenen Pakt stehe.

In Artikel 1 stellen beide Seiten fest, daß sie in ihren gegenseitigen Beziehungen auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik verzichten und sich gegenseitig verpflichten, sich sämtlicher aggressiven Handlungen zu enthalten, die die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit der anderen Seite bedrohen, auch in dem Falle, wenn derartige Handlungen ohne Kriegserklärung und mit Vermeidung aller möglichen Kriegserscheinungen begangen werden. — In Artikel 2 verpflichten sich die beiden Staaten, einem dritten Staate nicht zu Hilfe zu kommen, der einen der vertragsschließenden Staaten angreifen würde. Sollte einer von den Kontrahenten einen Angriff gegen einen dritten Staat unternehmen, dann steht dem zweiten Kontrahenten das Recht zu, den Pakt ohne vorherige Ankündigung zu kündigen. — In Artikel 3 verpflichtet sich jede der beiden Parteien, an keinen Vereinbarungen teilzunehmen, die als der anderen Partei gegenüber feindlich zu bewerten sind. — Laut Artikel 4 berühren die in den beiden ersten Artikeln enthaltenen Verpflichtungen nicht die internationalen Rechte und Verpflichtungen, die aus den von beiden Seiten früher abgeschlossenen Verträgen entspringen, insoweit diese Verträge an sich keine aggressiven Elemente enthalten. — Artikel 5 sieht ein Schiedsverfahren vor, für das ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden soll, der einen integralen Teil dieses Nichtangriffspaktes bildet und gleichzeitig mit dem Pakt ratifiziert werden muß. — Laut Artikel 6 soll der Nichtangriffspakt möglichst bald ratifiziert werden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird in Warschau 30 Tage nach der Ratifikation vorgenommen. — Nach Artikel 7 wird der Pakt für drei Jahre abgeschlossen und automatisch für zwei weitere Jahre verlängert, wenn er nicht sechs Monate vorher gekündigt wird.

Der russisch-polnische Pakt tritt erst in Kraft, wenn die entsprechenden Pakte Moskaus mit den anderen angrenzenden Staaten zustande gekommen sind. Von diesen wurde bisher nur der Pakt zwischen Rußland und Finnland paraphiert.

Eine strategische Studie über Ostpreußen.

Ein besonderes Interesse verdient eine vor einiger Zeit erschienene Arbeit des früheren polnischen Generalkonsuls in Königsberg, Stanislaus Srokowski, über „Seen und Sümpfe Ostpreußens“, die den Zweck verfolgt, die polnische Öffentlichkeit mit der militärisch-strategischen Seite einer Angliederung Ostpreußens an Polen vertraut zu machen. Mit reichlicher fachmännischer Unterstützung von seiten des polnischen Generalstabes, an Hand zahlreichen statistischen, namentlich deutschen Materials, aus den Beständen des deutschen Generalstabes und des Reichsarchivs, ist diese Arbeit beinahe ausschließlich unter dem obigen Gesichtspunkte verfaßt und mit den genauesten Karten, Skizzen, Tafeln und Tabellen ausgestattet. In seiner Einleitung hebt Srokowski hervor, daß sein Buch ein Niederschlag eingehender persönlicher Beobachtung und Studien sei, die von ihm während seines Aufenthaltes in Königsberg an Ort und Stelle im ostpreußischen Terrain, insbesondere im südlichen Teil des Seen- und Sumpfgebietes Ostpreußen gemacht worden seien. Das Buch verfolgt den Zweck, „die geographischen Kenntnisse des polnischen Volkes zu erweitern, insbesondere aber der Leute in Polen, die sich darüber klar sind, was es für das Vaterland bedeutet, wenn ein integrierender Teil des Deutschen Reiches — Ostpreußen — über Polen hängt und für uns Polen nicht zugänglich ist“. Unter dem Gesichtspunkt eines bewaffneten Einfalls in Ostpreußen vom Süden und Osten her wird im folgenden das ostpreußische Seenterrain als natürlicher Landesschutz des Deutschen Reiches eingehend geschildert. Der Verfasser kommt zum Schluß, daß die Seen eine vorbildliche strategische Bedeutung, namentlich als Bollwerk gegen eine polnische Invasion besitzen — insonderheit natürlich, wenn es sich um den südlichen Teil handelt. Im Anschluß daran gibt der Verfasser ein genaues Verzeichnis aller Brücken, die über die Seen führen, wobei sämtliche Seen, die hierbei in Frage kommen, sowohl mit ihren polnischen als auch deutschen Namen aufgeführt werden. In Fortführung des Gedankens eines Einfalls in das ostpreußische Seengebiet, vielmehr eines Eindringens in Ostpreußen vom Süden her, stellt der Verfasser fest, daß der größte Schwächepunkt des ostpreußischen Seengebietes in der heutigen Beschaffenheit der deutsch-polnischen Grenzziehung liegt, zumal es vom Westen von der Weichselseite, also vom Korridorbecken her umgangen werden kann. Im Zusammenhang damit gibt der Verfasser eine eingehende Darstellung von dem Ausbau der deutschen Verteidigungsstellung, von deren Verlauf und Gestaltung bei gleichzeitiger Charakteristik ihrer Verwendbarkeit und Zweckbestimmung. Schließlich wird die genaue Beschaffenheit des Seengebietes geschildert: Bodenbeschaffenheit, Wasser, Farbe und Durchsichtigkeit; die Lage der angrenzenden Ortschaften, Höhenlage, geographische Physiognomie und der Lauf der Flüsse, wobei besonders auf ihre Verbindungsfunktion hingewiesen wird. Nichts wird außer acht gelassen, was irgendwie für die sich vom Verfasser im obigen Buch zur Aufgabe gestellten „Aufklärung“ geeignet und notwendig sein könnte. Auch die kleinsten Seen werden gewürdigt, insofern sie strategische Bedeutung und nicht allein nur für die deutsche Verteidigung besitzen dürften. In der zweiten Hälfte des Buches ist das ostpreußische Sumpfgebiet Gegenstand des gleichen Studiums, und derselbe Gesichtspunkt beeinflußt in maßgeblicher Weise die Darstellung. Das Motto des Buches ist: „Die Kenntnis dieses Gebietes kann sehr nützlich sein, während die Unkenntnis fatale Folgen zeitigen muß.“

Amerikanische Studie über den Korridor.

Eine Amerikanerin, Frau Rachel Conrad Lason, veröffentlichte eine Studie über den Korridor, die sie im Auftrage einer der größten Frauenorganisationen der Vereinigten Staaten verfaßte. „Der Korridor“, so führte die Verfasserin aus, „ist ein überaus verwickeltes Problem, dessen Regelung nach zwölf Jahren polnischer Souveränität noch aussteht und wahrscheinlich erst erreicht wird, wenn Zollschranken und Reisebeschränkungen fallen. (?) Bis dahin bleibt der Korridor das einzig dastehende Beispiel eines Zwei-Nationen-Verkehrs, dessen Verbesserung eine dringende Notwendigkeit ist. Die Agitation gegen den Korridor läßt nicht nach, und die Beschwerden stützen sich auf zwei Punkte. In erster Linie wird geltend gemacht, daß der moderne Verkehr über die Begriffsbestimmung des Versailler Vertrags hinausgeht; Polen ist schon weitergegangen, als der Vertrag verlangt. Aber solange nicht dem zunehmenden deutschen Automobil- und Flugzeugverkehr sowie dem Fußgängerverkehr und den anderen Beförderungsmöglichkeiten die gleiche Freiheit gewährt wird, wie sie jetzt im Eisenbahnverkehr besteht, wird der Korridor eine unerträgliche Quälerei für Deutschland bleiben und, weil so viele Einzelpersonen davon betroffen werden, das ganze Volk fortdauernd interessieren. Es sind viele Vorschläge zum Bau von Viadukten, durchgehenden Chausseen, zur Ausstellung von Verkehrsausweisen usw. gemacht worden, aber derartige Pläne verlieren an Wert durch den zweiten deutschen Beschwerdegrund, der mehr psychologischer Natur ist und viel schwerer ins Gewicht fällt. Obwohl der gegenwärtige Eisenbahnverkehr eine weitgehende Einheit zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reiche darstellt (?), haben die Deutschen bei ihm nicht das Gefühl der Sicherheit; sie erheben grundsätzliche Einwände, auf die schwer zu entgegnen ist. Die Beschwerden Deutschlands stützen sich auf die Zerreißung seines Gebietes durch den Korridor, und solange es nicht seine Einheit sieht, kann es sie nicht als Tatsache annehmen. In Deutschland besteht nicht der Wunsch, die slawische Bevölkerung des Korridors zu beherrschen oder den polnischen Überseehandel zu beeinflussen. (Die neu zugewanderten Elemente aus Kongreßpolen und Galizien haben im Korridor kein Heimatrecht; dem polnischen Überseeverkehr kann durch wirtschaftliche Vereinbarungen auch ohne Korridor vollkommen Genüge geschehen. Schriftl.) Dagegen besteht ein einmütiges Verlangen nach Zusammenhang mit Ostpreußen, nicht zuletzt wegen der traditionellen Stellung dieser Provinz und seiner gegenwärtigen landwirtschaftlichen Schwierigkeiten. Würde der jetzt schon bestehende Zusammenhang durch allgemeine Anerkennung der Transitbestimmungen oder auf anderem Wege auf der Karte hervorgehoben, so würde die deutsche Agitation zum großen Teil aufhören. Und auch für Polen würde die Lage günstiger. Nur wenige leugnen Polens Anspruch auf Pommerellen (?!), aber auch nur wenige können sich die Fortsetzung der polnischen Herrschaft unter den gegenwärtigen Umständen auf die Dauer vorstellen, und Polen muß dafür durch Kapitalmangel und eine betrübliche Zurücksetzung im internationalen Leben büßen.“

Aus diesen zum Teil reichlich dunklen Ausführungen geht hervor, daß die Amerikanerin richtig erkannt hat, daß der Korridor eine Gefährdung der politischen Ruhe in Europa und eine fortdauernde Schädigung des deutschen, insbesondere des ostpreußischen Wirtschaftslebens darstellt. Sie scheint die Größe dieser Gefahr und den Umfang dieses Schadens aber nicht richtig erfaßt zu haben, wenn sie glaubt, daß es nur einer Besserung der Transitbestimmungen bedürfe, um Ostpreußens Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, und daß sich das deutsche Volk mit der Tatsache, daß sein Reichsgebiet durch fremdes Hoheitsgebiet zerrissen wird, abfinden werde, wenn — der Korridor auf den Landkarten schraffiert eingezeichnet wird. Diese „Lösung“ des Korridorproblems mit dem Buntstift ist — höflich ausgedrückt — reichlich naiv. Die deutschen Ansprüche auf die entrissenen Gebiete sind doch wesentlich tiefer begründet, als daß sie mit einem „völkerversöhnenden Streifenmuster“ auf den Landkarten abgefunden werden könnten.

Wirtschaft in Polen.

Die Verarmung des flachen Landes.

„Die Armut ist der beste Krisenschutz.“ Auf diesen Satz ist der Optimismus begründet, mit dem immer noch weite Kreise in Polen den wirtschaftlichen Niedergang ihres Landes betrachten. Der Satz ist an sich wohl richtig. Denn eine Wirtschaftskrise kann in einem Lande, in dem die Bevölkerung an einem niedrigen Lebensstandard gewöhnt ist, nicht die zerstörenden Wirkungen hervorrufen, wie in einem Lande, dessen Wirtschaft ein hochempfindlicher, komplizierter Organismus ist. Aber der Panzer der Armut bietet dann keinen Schutz mehr, wenn durch die Wirtschaftskrise der Lebensstandard breitester Bevölkerungsschichten unter das physische Existenzminimum hinabgedrückt wird. Das ist aber in Polen heute der Fall. Die sieben Zehntel der Bevölkerung Polens, die von der Landwirtschaft leben, befinden sich in einer beispiellosen Not, vor allem im mittleren und noch mehr im östlichen Polen, wo der Bauer zu Kienspan und Holzpflug zurückkehren muß, weil er die Mittel für Petroleum und Eisenpflug nicht mehr aufbringen kann.

Nichts läge natürlich näher, als den Staatsaufwand der verminderten Steuerkraft der Privatwirtschaft anzupassen. Indessen mobilisieren Staat und Selbstverwaltung eine Armee von Vollzugsbeamten, die den Bauern vollständig zugrunde richten. In Polen hat nämlich das Vollzugsverfahren eigenartige Formen angenommen und grenzt nahezu an einen amtlich geduldeten Diebstahl. Dort liegt der Kernpunkt des augenblicklichen Preiszusommenbruches. Der Vollzugsbeamte ist der Schrecken des Dorfes. Meist unter polizeilichem Schutz pfändet er alles, was irgendwie Marktwert hat. Gewissenlose Zwischenhändler, die jedem Vollzugsbeamten in Polen wie ein Schatten folgen, erstehen bei der Zwangsversteigerung alles, was sich in Geld umwerten läßt. Ihr Preisgebot ist ganz willkürlich und entspricht in jedem Falle nur einen Bruchteil des Marktwertes. Nach und nach hat sich so etwas wie ein Brauch herausgebildet, daß für ein Pferd, dessen Marktwert immerhin zwischen 200 bis 300 Zloty schwankt, im günstigsten Falle 60 bis 80 Zloty gezahlt werden. Die Kuh mit einem Marktpreis von 100 bis 150 Zloty wechselt um 30 bis 50 und das Schaf sogar nur um 3 Zloty den Besitzer. In den meisten Fällen deckt der Versteigerungserlös nur die Vollstreckungskosten. Die Wirtschaft aber ist zerstört.

Die langfristige Verschuldung der Landwirtschaft beträgt z. Z. etwa 2,4 Milliarden Zloty, wozu eine kurzfristige Schuld von rund 1,5 Milliarden hinzukommt. Bei einer durchschnittlichen Zinsquote von 11 v. H. bei der langfristigen und 16 v. H. bei der kurzfristigen Schuld müssen jährlich allein 500 Millionen Zloty an Zinsen aufgebracht werden. Staat und Selbstverwaltung erheben zudem Steuern in Gesamthöhe von 22,5 Millionen Zloty. An öffentlichen und Sozialversicherungen betragen die Leistungen der Landwirtschaft nahezu 85 Millionen Zloty im Jahre. Berücksichtigt man noch die Amortisation des langfristigen Kredits und die Tilgung der Steuerrückstände, dann ergeben sich weitere 50 Millionen Zloty. Kurz, die Amortisation zuzüglich Verzinsung des langfristigen Kredits und die Aufbringung der öffentlichen Lasten erfordert einen Aufwand von rund 900 Millionen Zloty im Jahre.

Andererseits macht der Gesamtertrag der polnischen Landwirtschaft im Jahresdurchschnitt kaum 2,4 Milliarden Zloty aus. Bringt man von diesem Betrag jene laufenden Lasten in Höhe von 900 Millionen in Abzug, dann bleiben 1,5 Milliarden Zloty zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft sowie zur Deckung des eigenen Bedarfes, was zur genutzten Ackerfläche etwa 65 Zloty je Hektar ergibt. Im Einzelfalle werden diese Ziffern natürlich abweichen, aber es kommt hier auf den Durchschnitt an. Es ergibt sich nun die Frage, ob die Landwirtschaft mit diesen 65 Zloty je Hektar ihren Betrieb erhalten kann. Mit einigen Zahlenbeispielen ist diese Frage verneint. Die bäuerliche Wirtschaft braucht bis zu einer Betriebsgröße von 50 Hektar durchschnittlich etwa 163,72 Zloty je Hektar zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft und 1954 Zloty zum Unterhalt der bäuerlichen Familie. Die Posener Landwirtschaftskammer dagegen veranschlagt die Betriebskosten der Gutsbetriebe auf 496 Zloty je Hektar. Mit diesen Ziffern wird man den Rohertrag von 65 Zloty je Hektar in Beziehung bringen müssen, um das schreiende Mißverhältnis zwischen Betriebskosten und Rohertrag ungeschminkt in Erscheinung treten zu lassen.

Im Laufe des letzten Jahres haben sich die Verhältnisse dadurch wesentlich verschlechtert, daß der Landwirtschaft einerseits die kurzfristigen Kredite wenigstens teilweise gekündigt wurden, soweit sie nicht inzwischen „eingefroren“ waren, andererseits begegnete die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte wachsenden Schwierigkeiten. Diesen Absatzstockungen mußte naturgemäß ein katastrophaler Preissturz gleichlaufend gehen, denn die früher ins Ausland abgeflossenen Überschüsse belasten jetzt den Inlandsmarkt und bringen das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage aus dem Gleichgewicht.

Staatliche Eingriffe versuchten, den Zusammenbruch zu verhindern, aber ihnen bleibt der Erfolg versagt. Obwohl die Steuerrückstände bereits eine Milliarde erreichen, ist der Steuerdruck nicht vermindert worden, im Gegenteil, ist die steuerliche Belastung um den Unterschied der Preisgestaltung gestiegen. Um die Steuern beizutreiben, werden die schärfsten Vollzugsmaßregeln ergriffen, die bis in die Substanz der Einzelwirtschaft hineinreichen. Um so mehr wird dadurch die Lebensfähigkeit der Betriebe in Frage gestellt.

Dieser notorischen Vernichtung der Landwirtschaft sahen Regierung und Verwaltung zunächst tatenlos zu. Unterdessen gingen zahlreiche Güter und Bauernwirtschaften unter den Hammer. Erst als sich im Landvolk ein Widerstand geltend zu machen begann, dachte die Regierung über Hilfsmaßregeln nach. Natürlich kann der Staat neue Kredite nicht bereitstellen, da sich selbst das verbündete Frankreich allen Versuchen ablehnend zeigt, größere Auslandskredite flüssig zu machen. Daher kam der Gedanke eines landwirtschaftlichen Moratoriums auf. Die Regierung arbeitet einen landwirtschaftlichen Gesundungsplan aus, der im wesentlichen an die Gedanken der Notverordnung der deutschen Reichsregierung anknüpft.

Der Kampf um die Kohle.

Der gegen die deutschen Industriellen Ostoberschlesiens gerichtete Vorwurf, sie hätten „im Auftrage Berlins“ die polnische Industrie ruiniert und, um Deutschland zu nützen, durch die Ankündigung einer 21prozentigen Senkung der Arbeitslöhne die Gefahr eines schweren Arbeitskampfes heraufbeschworen, mußte durch Warschauer Regierungsstellen selbst als Verleumdung klargestellt werden. Selbstverständlich ist es keinem polnischen Regierungsvertreter eingefallen, die deutschen Industriellen gegen die Pressehetze in Schutz zu nehmen. Aber der Generalarbeitsinspektor Ingenieur Klott hat den Vertretern der Arbeiterschaft doch die bittere Wahrheit, daß Lohnsenkungen nicht mehr zu vermeiden sind, nicht vorenthalten können. Klott schilderte einer Abordnung des Betriebsrätekongresses, der für den Fall, daß die Lohnkürzungen wirklich durchgeführt werden sollten, bereits den Generalstreik angedroht hatte, die mißliche Lage des polnischen Bergbaus. Da die Regierung einer weiteren Schrumpfung des Kohlenexports im Interesse der Währung nicht tatenlos zusehen könne, mußte nach Möglichkeiten gesucht werden, die Produktionskosten im Bergbau zu senken. Da die Unternehmer ihre Verwaltungskosten bereits herabgesetzt hätten, wovon sich die Regierung überzeugt habe, bliebe nur noch der Ausweg übrig, durch eine erhebliche Herabsetzung der Löhne die Kohlenausfuhr auf ihrem bisherigen Stand zu erhalten. Eine Subventionierung des Bergbaues sei unmöglich, da der Staat einfach kein Geld dazu habe. Auch eine weitere Tarifsenkung komme nicht mehr in Frage, da der gegenwärtige Tarif nach Gdingen ohnehin nur 7,30 Zloty betrage, während die Kohlenfracht von Oberschlesien nach Warschau mit 23 Zloty berechnet werde! Eine Herabsetzung der Löhne sei unvermeidlich. Wer das nicht einsehe, sei ein Verbrecher oder ein Idiot. — Die Vertreter der Gewerkschaften erwiderten darauf, daß die Löhne im Bergbau kaum mehr eine Herabsetzung erfahren dürften. Die Löhne seien infolge der zahlreichen Feierschichten so gering, daß sie den Lebensstandard des Bergarbeiters in keiner Weise erreichten. Demgegenüber erklärte Ing. Klott, daß die eingelegten Feierschichten noch vermehrt werden müßten, wenn die Bergarbeiterschaft jede Lohnherabsetzung verständnislos ablehnen sollte. Er wiederholte, daß die Regierung unter keinen Umständen zulassen könne, und zwar aus währungspolitischen Gründen, daß der Kohlenexport rückgängig werde, was der Fall sein müßte, wenn die Bergarbeiterschaft eine unversöhnliche Haltung einnehmen und auf ihren bisherigen Löhnen beharren würde. Bei dieser Gelegenheit erklärte Ing. Klott, daß die Kündigungen im Bergbau für ungültig erklärt worden sind, so daß den direkten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nichts mehr im Wege stände. Die Verhandlungen haben inzwischen noch zu keiner Einigung geführt. Die Arbeiterorganisationen bereiten sich auf den Generalstreik vor.

Inzwischen ist übrigens der von der Regierung als währungspolitische Gefahr bezeichnete Rückgang der Kohlenausfuhr als Folge der Pfundentwertung eingetreten. Im Dezember war der Rückgang gering, die seewärtige Aufuhr verminderte sich noch gar nicht. Danzig hatte sogar eine Rekordausfuhr von 560 000 To. im November. Aber im Januar hat sich die seewärtige Verladung um mindestens 20 v. H. verkleinert. In Danzig wurden im Dezember außer an den Feiertagen immer über 20 000 To. täglich, in Gdingen 15 000 bis 18 000 To. täglich verladen. Im Januar aber betrug der Umschlag in Danzig meist nur 15 000 bis 16 000 To., in Gdingen blieb er sogar mehrmals um 10 000 To. stehen. Der Rückgang betrifft hauptsächlich die Verschiffungen nach Finnland, Schweden und Lettland, während die nach Frankreich noch lebhaft blieben. Inzwischen sind die Verhandlungen der Regierung über den Ausgleich der Verluste bei der Ausfuhr für die Kohlengruben noch immer nicht zum Ziel gekommen. Man hat berechnet, daß die polnische Kohlenindustrie seit dem Pfundsturz bei der Ausfuhr 60 Mill. Zloty Verlust erlitten hat. Mit Rücksicht auf das Anschwellen der Einfuhr englischer Kohle nach Polen, besonders nach Gdingen und Pommerellen, wird im Warschauer Verkehrsministerium die Einführung eines Kampftarifs für die Beförderung englischer Kohle mit der Staatsbahn erwogen.

Aus dem Lande der „moralichen Sanierung".

Trotz aller Verleumdungen und Verfolgungen:

Unter der Überschrift „Unser Neujahrsbekenntnis" hatte der deutsche Senator Utta im Namen der Deutschen in Polen ein Bekenntnis veröffentlicht, das auf der gegenwärtigen Ratstagung in Genf die Aufmerksamkeit der Teilnehmer verdient; es heißt darin u. a.:

„Wir wollen trotz aller Verleumdungen und böswilligen Unterstellungen seitens der gekauften Renegaten makellose Bürger des polnischen Staates bleiben. Wir wollen mit der dem deutschen Volke eigenen Treue alle unsere Bürgerpflichten erfüllen und zu keinen Verdächtigungen und Anschuldigungen Anlaß geben. Wir wollen aber mit ebensolcher Treue und mit demselben Verantwortungsgefühl unser gutes und in der Verfassung verbrieftes Recht auf die Erhaltung und Pflege unseres Volkstums, unserer Sprache und unserer Gewissensfreiheit mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen. Ich sage mit Nachdruck mit allen, und dazu gehören auch die Mittel, die uns der Minderheitenschutzvertrag zur Verfügung stellt. Die letzte Hoffnung auf eine Verständigung in der Schulfrage haben wir durch die letzten Maßnahmen der Schulbehörden in Lodz, durch die Gründung des Danielewskischen Bundes und durch den Terror, den dieser Bund gegen die deutschen Lehrer ausübt, verloren. Die polnische Nation, die auch heute Millionen und aber Millionen ausgibt, um für die Polen im Ausland polnische Schulen zu gründen und zu erhalten, müßte uns verachten, wollten wir die Vernichtung unserer Schulen so stumm hinnehmen und nicht einmal die Mittel benutzen, die uns der Vertrag unseres Staates mit den alliierten Mächten, der sogenannte Minderheitenschutzvertrag, zur Verfügung stellt.

Wir wollen ein freies, ein tolerantes Polen haben, in dem sich auch die Minderheiten als treue Bürger wohlfühlen können. In dieser schweren Zeit der inneren Kämpfe des Regierungslagers mit der Opposition erklären wir klipp und klar: Wir wollen keine Opposition um der Opposition willen betreiben, aber wir verlangen, daß das Recht in Polen zur vollen Geltung komme, daß nicht unfähige und moralisch minderwertige Menschen nur deshalb, weil sie ihr Schild gewechselt haben und einen künstlichen Eifer im Kampfe für das jetzt regierende Lager bekunden, bevorzugt werden."

Gerade die Berufung auf das in Verfassung und Minderheitenschlußvertrag verbriefte Recht setzt die Deutschen in Polen dem Vorwurf der Staatsfeindlichkeit aus. Daß es einmal ein freies und tolerantes Polen geben werde, vermögen wir *nicht mehr zu glauben*; dazu sitzt der polnische Haß gegen die Minderheiten zu tief.

Die Verwaltungsreform in Polen.

Die polnische Regierung hat dem Sejm das Projekt eines neuen Selbstverwaltungsgesetzes für ganz Polen vorgelegt, durch das eine einheitliche kommunale Verwaltung für Provinzen, Kreise und Gemeinden geschaffen werden soll. Bisher hatte jedes der drei Teilgebiete seine eigene Verwaltung; im ehemals preußischen Gebiet war bisher noch die Stein-Hardenbergsche Selbstverwaltung in Kraft. Die Verordnung verlängert die Wahlzeit der Kommunalparlamente auf fünf Jahre, vergrößert die Verantwortlichkeit der Bürgermeister und Starosten und vergrößert die Kontrolle der Aufsichtsbehörden. Das Wahlalter wird auf 25 Jahre erhöht und die Abstimmung nicht nur auf Listen, sondern auch auf Namen zugelassen. Nach Inkrafttreten der neuen Selbstverwaltung sollen in ganz Polen kommunale Neuwahlen stattfinden.

Durch eine vom Ministerium beschlossene Verordnung wird eine Verminderung der Kreise in einzelnen Wojewodschaften Polens durchgeführt. Besonders wird die Wojewodschaft Posen von diesen Änderungen betroffen. Es werden in Posen insgesamt sieben Kreise aufgehoben. Der Kreis Schildberg wird dem Kreise Kempen angehören, ferner kommt der Kreis Adelnau zum Kreise Ostrowo, der Kreis Koschmin zum Kreise Krotoschin, der Kreis Pleschen zum Kreise Jarotschin, der Kreis Strelno zum Kreise Mogilno, der Kreis Schmiegel zum Kreise Kosten und der Kreis Grätz zum Kreise Neutomischel. Insgesamt sind in ganz Polen 20 Kreise durch die Verordnung aufgehoben worden. Diese Maßnahme wird mit Sparsamkeitsrücksichten begründet.

Für Pommerellen hat der Ministerrat folgende neue Kreiseinteilung beschlossen: Der Kreis Mewe (Restkreis Marienwerder) wird unter die Kreise Dirschau, Preußisch-Stargard und Schwetz aufgeteilt. Ein Teil des Kreises Stargard wird dem Kreise Dirschau, ein Teil des Kreises Schwetz dem Kreise Tuchel zugeteilt. Ferner wird ein Drittel des Kreises Löbau dem Kreise Soldau zugeteilt, ebenso werden zwanzig Gemeinden aus dem Kreise Strasburg dem Kreise Soldau einverleibt, der damit zu einem der größten Kreise wird. Angeblich ist der polnisch gewordene Teil des Kreises Soldau allein nicht lebensfähig. — Das Zollamt Konitz wurde am 31. Dezember v. J. aufgelöst und mit dem Zollamt Dirschau vereinigt. Die Zahl der Kreisgerichte (Amtsgerichte) soll verringert werden. Es soll nur noch in jedem Landkreise ein Gericht bestehen bleiben, Bezirksgerichte (Landgerichte) gibt es nur noch in Gdingen, Graudenz und Thorn.

Wieder deutsche Lehrer entlassen.

Soeben sind wieder zwei deutsche Lehrer entlassen worden. In Groß-Leistenau bei Graudenz wurde der Volksschullehrer Reis entlassen. Sein Nachfolger ist ein Pole, der nur wenige Worte Deutsch versteht. In Jutroschin in der südlichen Provinz Posen wurde der deutsche Volksschullehrer Schmidt aus dem Staatsdienst entlassen. Die 56 deutschen Kinder werden auf die polnischen Klassen verteilt und erhalten künftig polnischen Unterricht.

Möller, Kindermann, Lüdecke.

Zu den üblichen Kampfmitteln gegen die deutsche Minderheit in Polen gehört die Behauptung, daß die deutsche Propaganda im polnischen Staate von Berlin aus unterstützt und finanziert werde. Besondere Verbreitung hat diese Behauptung gefunden durch die Denkschrift eines „Schriftstellers" namens Karl Möller (Kiel, Koldingstraße 22), der ein ganz unglaubliches Machwerk über die deutsche Ostpolitik zusammengeschrieben hat. Möller hat wahres und erlogenes Material über Tagungen des VDA., des Schutzbundes, des Deutschen Ostbundes und anderer mehr oder weniger bekannter deutscher Organisationen gesammelt und in vollkommen entstellter Weise verarbeitet. Er behauptet u. a., daß es in Deutschland einen „Fonds zur Finanzierung der Polenhetze und zur Bekämpfung der polnischen Minderheit in Deutschland" gebe. In einer unter dem Titel „Die deutsche Grenzrevisionsbewegung, eine Materialsammlung" erschienenen Schrift, die 62 weitgeschriebene Seiten umfaßt und 10 RM. kostet, hat dieser für dänische und polnische Blätter schreibende Möller im Jahre 1930 in der oberflächlichsten Weise, die trotz des „fünfjährigen Studiums aller Zweige deutscher Grenztumsarbeit", auf das er sich in der Anpreisung seiner Schrift berief, einen bedenklichen Mangel an Sachkenntnis verrät, einen Überblick über die deutsche Revisionsbewegung gegeben. Daß Möller mit solch grobem Unfug auch erheblichen Schaden anrichten kann, hat man kürzlich in dem Beleidigungsprozeß der deutschen Lehrerschaft in Lodz gegen Danielewski und Genossen gesehen; in diesem Prozeß haben die journalistischen Erzeugnisse Möllers den polnischen Verleumdern insofern gute Dienste erwiesen, als man aus ihnen u. a. offenbar auch eine „Staatsgefährlichkeit" der deutschen Lehrer in Polen herauslesen kann.

Noch interessanter als die Arbeit dieses Möller ist die Tätigkeit eines gewissen Leon Kindermann in Bromberg. Kindermann hat vor den Novemberwahlen 1930 versucht, eine deutsche Splitterpartei zu gründen und als Spitzenkandidat dieser Partei aufzutreten. Es gelang dann sehr leicht, ihn dadurch mattzusetzen, daß man einige für ihn sehr peinliche Erinnerungen aus der Zeit der Rheinlandbesetzung veröffentlichte. Kindermann lebte damals als kleiner Angestellter in Grevenbroich und stand im Dienste der französischen Besatzungsbehörde. Als bezahlter Agent der Franzosen hatte er sich in den Augen der Bevölkerung so weit bloßgestellt, daß er beim Abmarsch der Besatzungstruppen mit diesen verschwand. Nachdem er einige Jahre angeblich im Elsaß gelebt hatte, tauchte er jetzt in Polen auf. Unter dem Druck seiner politischen Auftraggeber hat er die Beleidigungsklage gegen die „Deutsche Rundschau" in Bromberg, die ihn als offenkundigen politischen Lumpen entlarvt hatte, erhoben; da Kindermann es aber offensichtlich nicht eilig hat mit der Aufrollung seiner Vergangenheit vor Gericht, ist trotz monatelangen Wartens der Prozeßtermin noch immer nicht anberaumt worden. — Während Polen sich beklagt, daß die deutsche Propaganda staatlich finanziert würde, verwendet es selber erhebliche Gelder, um solche Gestalten wie Herrn Kindermann zu kaufen oder den bekannten „Kultur- und Wirtschaftsbund" zu unterstützen, um dadurch die deutschen Verbände zu zersetzen und Uneinigkeit in ihre Reihen zu tragen.

In Konitz gibt seit einiger Zeit Hugo Ernst Lüdecke, der unter dem Namen eines Dr. Hans von Heldn seine dunkle Vergangenheit zu verbergen sucht, die „Pommereller Neuesten Nachrichten" heraus. (Siehe „Ostland" 1931 Nr. 49.) Selbstverständlich werden die „Pommereller Neuesten Nachrichten" von den Deutschen im Korridorgebiet nicht gelesen. Die darin enthaltenen Aufrufe an „deutsche Damen und Herren, denen an einem Ausgleich zwischen beiden Volksteilen in Pommerellen gelegen ist", sich zu einem „von keiner Seite abhängigen Verbande" zusammenzuschließen, erscheinen also unter Ausschluß der Öffentlichkeit, beziehungsweise wird das Blatt eben um der polnischen Propaganda willen vielen Deutschen, die es gar nicht haben wollen, unentgeltlich ins Haus geschickt. Die hieraus erstehenden Portokosten aber möchte Herr „von Heldn", so scheint es, sparen. Da nun aber auch die polnischen Propagandagelder angesichts der Wirtschaftskrise nicht unerschöpflich sind, erfolgt die Versendung des Blattes als Dienstsache der polnischen Behörden, mit dem Stempel des Starosten geschmückt. Dies beweist zur Genüge, von wem dieser Herr „von Heldn", alias Lüdecke, abhängig ist — und wie abhängig daher auch der Verband sein würde, den er mit „deutschen Damen und Herren" gründen möchte, um den Danielewski, Gebauer und Jakob, die mit dem „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbund" in Lodz ihr Unwesen treiben, in Pommerellen etwas „Gleichwertiges" an die Seite stellen zu können.

Anerkennende Ausführungen über den „Ostdeutschen Heimatkalender“

gehen uns fast täglich in Form von Besprechungen des Kalenders in Zeitungen und Zeitschriften wie auch in Zuschriften zu. So schreibt Peter Mohr in der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“:

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“, der heute im 11. Jahrgang erscheint, erbringt mit seinem reichhaltigen und wertvollen Inhalt den besten Beweis, daß die gute alte Kalenderform gerade in der heutigen wirtschaftlichen Notzeit ihre alte Bedeutung als Volksbildungsmittel haben kann. Dabei soll der Ausdruck: Volksbildungsmittel nicht von der Tiefe, sondern eher von der Höhe des Niveaus aussagen. Hiervon zeugen tatsächlich sämtliche Beiträge, Aufsätze, Novellen, Gedichte, die der Kalender enthält. Uneingeweihte werden übrigens erstaunt sein, wie unendlich großzügig und vielseitig die Arbeit des Deutschen Ostbundes ist. Es ist vielleicht die Organisation in Deutschland, die, völlig parteilos, alle Parteien und alle Bevölkerungsschichten erfaßt. Es sind alles Deutsche, die sich hier zu gemeinsamer Arbeit zusammentaten, Deutsche, die das gleiche Schicksal teilen, die aus dem Kreis der engeren Heimat vertrieben sind und zusehen müssen, wie das geliebte Land leidet unter fremder Gewaltherrschaft. Es gibt unendlich viel solcher „Vertriebener“, davon zeugt die Aufzählung der im ganzen Reich verstreuten Landesverbände und Ortsgruppen. Es müßte Ehrensache jedes Deutschen sein, die Arbeit des Ostbundes, der übrigens auch eine wertvolle Wochenschrift „Ostland“ herausgibt, nach Kräften zu unterstützen.“

Wer unseren **„Ostdeutschen Heimatkalender“** für 1932 noch nicht besitzt, bestelle ihn sofort.

Von den Polen in Deutschland.

Der „Polnisch-preußische Bund“.

In Altmark, Kreis Stuhm, hielt ein neugegründeter polnischer Verband der „Polnisch-preußische Bund“, seine erste Sitzung ab. Er hat sich den Schutz der kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Staatsbürger polnischer Zunge zum Ziel gesetzt. Der Bund bekämpft die bisherige Polenorganisation in Deutschland, den „Bund der Polen in Deutschland“, weil dieser in seiner Taktik keine Mittel zur Hebung der Lage der Volksgenossen besitze. Sehr interessant war es, zu erfahren, wieviel sich die Republik Polen die Unterstützung einer polnischen Bewegung in Westpreußen hat kosten lassen. Acht Millionen Zloty sind 1919 und zwei Millionen 1925 von Warschau nach Stuhm geflossen, um hier eine polnische Bewegung ins Leben zu rufen. Von dem Gelde sollen aber nur wenige etwas gehabt haben. Der neugegründete „Polnisch-preußische Bund“ will dafür sorgen, daß seine Mitglieder in erster Linie deutsche Staatsbürger bleiben, die Deutschland als ihr Vaterland anerkennen und daneben ihre polnische Sprache, Sitten und Kultur pflegen, auf keinen Fall aber mit Polen in Beziehungen treten, sondern mit Deutschland zusammenarbeiten und die nationale Hetze beseitigen.

Wenn man auch noch nicht weiß, welche Männer hinter der neuen Organisation stehen, so sieht doch die ganze Angelegenheit vorläufig so aus, als ob der neue Bund von denselben Kreisen aufgezogen ist, die hinter dem alten Polenbund stehen. Dessen Aussichten, Anhang in der Grenzbevölkerung zu finden, sind wegen seines hetzerisch deutschfeindlichen und irredentaverdächtigen Auftretens beschränkt. Der Gedanke liegt also nahe, daß man jetzt versucht, mit einer neuen, nicht vorbelasteten Organisation, die loyal auftritt, die Elemente, die wohl kulturell Polen sein, die politischen Umtriebe des Polenbundes aber nicht mitmachen wollen, heranzuziehen. Unter doppelter Firma läßt sich vielleicht mehr erreichen. Man darf sich durch die Kritik, die der „Polnisch-preußische Bund“ am „Bund der Polen“ übt, und durch die Pressefehde, in der das neue Berliner polnische Wochenblatt „Glos Polski z Berlina“ gegen den „Dziennik Berlinski“ führt, nicht gleich zu der Annahme verleiten lassen, daß es sich bei der neuen Gründung um eine ernsthaft loyale Organisation handelt, die lediglich kulturelle und wirtschaftliche Zwecke unter Ausschluß politischer und irredentistischer Bestrebungen verfolgt. Auch der Polenbund behauptet, daß er loyal ist, daß er Deutschland als sein Vaterland ansieht. Auf das, was gesagt wird, kommt es nicht an. Das praktische, sich meist hinter den Kulissen abspielende Handeln, die Agitation von Mensch zu Mensch entscheidet.

Immerhin kann man dem „Polnisch-preußischen Bund“ dankbar sein für die Enthüllungen, die er über den Umfang der von Warschau für die Polonisierung des Kreises Stuhm aufgewandten finanziellen Mittel gemacht hat. Wenn Polen sich die agitatorische Bearbeitung eines einzigen preußischen Grenzkreises — allerdings eines Kreises, der durch seine Lage an der „Dreiländerecke“ besondere politische Bedeutung besitzt — nicht weniger als 10 Millionen Zloty kosten läßt, so fällt es nicht schwer, sich ein Bild von dem Umfang und der Intensität zu machen, mit der Warschau auch in unseren übrigen Grenzgebieten seinen annektionistischen Bestrebungen den Boden bereitet. Es ist wahrhaftig nur zu natürlich, daß sich der grenzdeutschen Bevölkerung angesichts der Wühlarbeit, die sich Polen seit Jahr und Tag ungestört in den preußischen Ostprovinzen leisten darf, eine steigende Erregung bemächtigt, und sich diese Erregung dann in Vorfällen wie dem „Aufruhr“ von Jedwabno entlädt.

Polnische Kulturpropaganda in Masuren.

Die polnische Kulturpropaganda in Masuren strengt sich in letzter Zeit besonders an, Freunde für das Polentum zu gewinnen. Seit Wochen schwärmen vom polnischen Geld abhängige junge Burschen, die sich wahrscheinlich der Tragweite ihres volksverräterischen Tuns nicht bewußt sind, durch das südliche Ostpreußen. Sie gehen in den Ortschaften von Haus zu Haus und verteilen den im Verlag der „Gazeta Olsztynska“ in Ortelsburg erscheinenden polnischen Kalender „Mazur“, und als besondere Gabe eine in Allenstein gedruckte polnische Ausgabe des Romans „Kreuzritter“ von Henryk Sienkiewicz unter der Bevölkerung. Bei dieser Gelegenheit klagen die Werber über die furchtbare Wirtschaftsnot in Deutschland, sagen den baldigen Zusammenbruch der deutschen Währung voraus, sprechen andeutungsweise von der Aufgabe Ostpreußens durch die deutschen Linksparteien (!) und geben dann schließlich zu verstehen, daß Ostpreußen wohl bald von Polen übernommen werde. (!) Es sei infolgedessen ratsam, polnische Zeitungen und Schriften zu lesen. Es wird dann beiläufig nach der Wirtschaftslage jedes einzelnen gefragt und bei dieser Gelegenheit anheimgestellt, doch möglichst bald einen Antrag auf Kreditgewährung an die polnische Volksbank zu stellen, die angeblich über Geld in großen Mengen verfüge und in der Lage sei, zu niedrigen Zinssätzen den notleidenden masurischen Bauern zu helfen. Wer die polnische Bank in Anspruch nehme, brauche keine langwierigen Anträge an die Osthilfe des Reiches zu stellen, er spare sich viele Unannehmlichkeiten und könne, wenn die Zeiten besser geworden seien, nach und nach das Geld an die Polenbank wieder zurückzahlen.

In dieser Richtung bewegen sich die Unterhaltungen, bis schließlich der Werber sein Notizbuch zückt und sich die Adresse und Unterschrift geben läßt. In den namentlich aufgeführten Listen, die diese polnischen Werber an ihre Auftraggeber weiterleiten, wird dann genau berichtet, zu welchen Erfolgen der Werbefeldzug geführt hat. Alle nicht ganz sicheren Masuren werden in diesen Listen mit einem Kreuz, andere wiederum, die für die polnischen Bestrebungen einige Zuneigung gezeigt haben, mit einem „Fest Zhlop“ (fester Mann) bezeichnet. Die letzteren erhalten dann fortlaufend Zuschriften von der polnischen Werbestelle und werden, falls es zweckmäßig erscheint, auch mit Geld versorgt.

Als polnische Werber sind in Masuren eine ganze Anzahl von Personen namentlich bekannt. So erschienen kürzlich in Johannisburg zwei junge Leute, von denen der eine, Otto Scharkowski, Sohn des für den „Mazur“ verantwortlich zeichnenden Redakteurs, in Ortelsburg der Bevölkerung besonders gut bekannt ist. Die beiden Werber stiegen im Hotel „Masurischer Hof“ ab. Die Kunde von dem Eintreffen der beiden ging wie ein Lauffeuer durch die Straßen. In kurzer Zeit hatten sich zahlreiche Personen vor dem Hotel eingefunden; ein Teil drang in das Hotel ein und holte die jungen Leute heraus. Inzwischen war auch die Polizei erschienen, die die beiden jungen Leute festnahm, da sie sich nicht genügend ausweisen konnten. Bei den festgenommenen beschlagnahmte man eine große Anzahl von polnischen Büchern und Werbeschriften.

Eine besonders rege Werbetätigkeit entfalten die Polen unter der masurischen Bevölkerung auch für die Erlernung der polnischen Sprache. So hat dem Ortelsburger „Mazur“ kürzlich ein kurzes Handbuch des polnischen Leseunterrichts (unter dem Titel: „Polnische Leseregeln“) beigelegen. Die polnische Sprache sei in Masuren zwar überall bekannt (!), die Kenntnis des polnischen Lesens sei jedoch nicht allgemein verbreitet, bemerkte der „Mazur“ dazu und zählte dann einige der Vorteile auf, die die Kenntnis des Polnischen dem Masuren angeblich bringe. Da in Zukunft wenig Aussicht für ihn bestehen werde, wie bisher in der westfälischen Industrie unterzukommen, werde sich „der brot- und arbeitsuchende Blick nach einer andern Richtung lenken müssen. Es kann vorkommen,“ schreibt der „Mazur“, „daß mancher der Söhne des masurischen Landes bessere Daseinsbedingungen in Posen finden wird, zumal wenn wir den raschen Aufbau Polens nach dem Kriege in Betracht ziehen.“ Es sei klar, daß für die etwa nach Polen gehenden Masuren die Kenntnis der polnischen Sprache eine unerläßliche Bedingung sein werde. Dieses Argument ist ganz geschickt auf die schwierige Wirtschaftslage Masurens zugeschnitten. Es liegt an sich ja nahe, daß ein Masure, der in seiner Heimat kein Fortkommen findet und jetzt auch keine Aussicht mehr hat, in der westdeutschen Industrie sein Brot zu verdienen, auf den Gedanken kommen kann, sein Heil einmal in Polen zu versuchen, das ihm vom „Mazur“ als ein Land hingestellt wird, in dem es keine Not und keine Arbeitslosigkeit gibt. Er würde allerdings bald bitter enttäuscht sein, da in Polen, wo mindestens ein Drittel aller in der Landwirtschaft beschäftigten Personen überflüssig ist und die gesamte Industrie vor dem Zusammenbruch steht, alle Voraussetzungen für eine masurische Einwanderung fehlen, und da man überdies einem Masuren, der an den deutschen Lebensstandard gewöhnt ist, nicht zumuten kann, für einen Hungerlohn in ostoberschlesischen Bergwerken zu schuften.

Der junge Ostmärker

1932 — Monatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend. — 1. Folge

Mitteilungsblatt der Jungscharen im Deutschen Ostbund.



Ein neues Jahr hat begonnen.

Die ersten Tage des neuen Jahres liegen nun hinter uns, aber diese wenigen Tage haben bereits mit größter Deutlichkeit gezeigt, daß wir in einen Zeitabschnitt eingetreten sind, der die Entscheidung über das kommende Schicksal unseres Volkes bringen wird. Kein Mensch kann voraussagen, wie diese Entscheidung ausfallen wird. Aber eines ist gewiß, daß **wir** nicht abseits von all dem Geschehen, das sich vollziehen wird, stehen können, denn gerade uns junge Menschen geht das, was nun kommen wird, von allen am meisten an. Jetzt ist die Zeit vorbei, in der über die Zukunft der kommenden Geschlechter in einer so leichtfertigen Weise verfügt werden konnte, wie dies in Verfolg der unseligen Erfüllungspolitik der letzten Jahre geschah.

Man fühlt es heute allenthalben, daß etwas Neues kommen muß; freilich, wie alles Neue, muß sich auch dieses erst durchsetzen gegen alle die Widerstände und Hemmnisse, die die absterbende Zeit noch aufzutürmen versucht. Aber noch nie ist es gelungen, lebendige Kräfte auf die Dauer zu unterdrücken, noch nie hat sich das Schöpferische im Menschen durch Paragraphen und Bestimmungen vom Schreibtisch in ein Korsett einzwängen lassen. Es ist ein Kampf um die Seele unseres Volkes, dem eine neue Zukunft nur erwachsen kann, wenn es gelingt, den Geist der beiden hinter uns liegenden Menschenalter zu überwinden und den inneren Anschluß an die Menschen und Zeiten wiederzufinden, in denen das Wesen des Deutschtums am reinsten zum Ausdruck kam und die die klarste Vorstellung von der Stellung Deutschlands zur Welt hatten.

An der Entwicklung unserer Zeit können wir weder als einzelne noch als Jungostmärker vorübergehen, Denn wenn wir glauben wollten, in einer Zeit, in der es um den Bestand unseres Volkstums geht, den Kopf aus Furcht oder Bequemlichkeit in den Sand stecken zu können, dann hätten wir es uns selbst zuzuschreiben, wenn die Mächte den Sieg davontragen würden, die heute bereits überall rüsten, das Deutschtum kulturell und staatlich zu vernichten. Gerade wir, denen das Schicksal des Ostens ihr eigenes Schicksal geworden ist, sollten nie vergessen, daß wir den Verlust im Osten nur durch Lauheit und Schwäche und die innere Haltlosigkeit derjenigen erlitten haben, die es nicht wagten, in den entscheidenden Augenblicken zu handeln.

Die Zeit, in der unsere Generation den Ausschlag geben wird, nähert sich. Aber damit allein ist nichts gewonnen, denn gelingt es uns nicht, die kommende Zeit seelisch zu unterbauen, ein neues Lebensgefühl des einzelnen und der Gesamtheit zu schaffen und den Menschen unserer Zeit zur absoluten Einsatzbereitschaft zu erziehen, wird es unserer Generation nicht gelingen, der deutschen Zukunft eine neue Richtung zu weisen.

Was für uns als Teil des Volksganzen gilt, gilt in gleichem Maße für uns als bündische Ostjugend. Auch hier heißt es, die Sinne für alles, was kommen wird, wach zu halten und unsere Bewegung so zu festigen, daß sie allen Anforderungen gewachsen sein wird.

Ernst Otto Thiele.

Notruf!

Wir heben unsre Hände
Aus tiefster bittrer Not.
Herr Gott, den Führer sende,
Der unsern Kummer wende
Mit mächtigem Gebot!
Erwecke uns den Helden,
Den seines Volks erbarm!
Des Volks, das nachtbeladen,
Verkauft ist und verraten
In unsrer Feinde Arm!
Erwecke uns den Helden,
Der stark in aller Not,
Sein Deutschland mächtig rühret,
Dein Deutschland gläubig führet
Ins junge Morgenrot!
Wir weihen Wehr und Waffen
Und Herz und Mund und Hand!
Laß nicht zuschanden werden
Dein lichtes Volk der Erden
Und meiner Mutter Land.

Ernst Leibl.

Jungostmärker!

Das Jahr 1932 wird auch für die Jungscharen des Deutschen Ostbundes ein Jahr der Entscheidung sein, denn es wird sich jetzt zeigen, ob wir zu der inneren Geschlossenheit und der äußeren Einheit finden, die es uns allein ermöglichen, im Rahmen der gesamtdeutschen Jugendbewegung eine Stellung einzunehmen, die uns die Haltung der anderen Bünde und damit erst die Möglichkeit der Ausbreitung unserer Gedankengänge in den Kreisen gibt, die nicht wie wir von Natur aus mit dem Osten verbunden sind. Es wird viel harte Arbeit jedes einzelnen und jeder Jungschar an sich selbst kosten, um dieses Ziel zu erreichen, aber wir dürfen nicht ermüden und nicht erlahmen, denn

„Nur wer lebt, gewinnt das Spiel". Ernst Otto Thiele.

Jahresrück- und ausblick.

So ist nun der Klang der Silvesterglocken verhallt; wir stehen an der Schwelle des Jahres 1932! Erscheint es uns da nicht gerechtfertigt, auch einmal über unsere Ostbund-Jugendbewegung die Lupe zu setzen, und alles einmal kritisch zu beleuchten, das Gute anzuerkennen, das Fehlende oder die Fehler zu bemängeln, damit wir im Jahre 1932 weiterhin dem gesteckten Ziele auf gangbarem Wege zustreben können.

1931, trotz seiner Krisen und erdrückenden Sorgen, war für unsere Bewegung kein Jahr des Rückgangs oder Stillstands; nein — wir sind unentwegt fortgeschritten, wenn auch nur schrittweise, wir sind zu bewußter Aktivität vorgedrungen. Wir wünschen, es wäre manchmal flotter gegangen, jedoch jedem Vorwärtsstrebenden erwachsen ungeahnte Hindernisse, die immerhin ihre Zeit brauchen, um überbrückt zu werden. Wir haben aber den Willen, weiterzuschreiten, und können uns mit Feststellungen allein nicht begnügen.

Vieles hat sich im Laufe des vergangenen Jahres geändert. So soll zunächst Bund und unsere Reichsjugendleitung herhalten. Berlin liegt an der Spree, und der Weg dürfte schätzungsweise 200 km betragen. Das war aber immerhin kein Grund, daß man in den vergangenen Jahren (vor 1931) so wenig wie nur irgend denkbar von unserer Reichsjugendleitung hörte. Welches war die Folge? Die Jugendgruppen waren sich selbst überlassen, verminderten sich mit jedem Jahr und standen nach Jahren (nach erfolgter Auflösung) nur noch in den Bundesstatistiken. Es ist anders geworden. Alle Jugendgruppen können unserm Dr. Thiele nur aufrichtigen Dank zollen, daß wir über gewesene Mißstände hinweg sind. Jetzt besteht die Verbindung zwischen Reichsleitung, Landesverband und Jugendgruppe. Durch die notwendige Fühlungnahme wird die Freude an der Arbeit geweckt und aussichtsreich beeinflußt. Die Folgen nach der guten Seite hin blieben nicht aus: Schriftverkehr und Gedankenaustausch setzten ein, die Organisation wurde verbessert, neue Jungscharen erstanden und werden weiterhin erstehen, Außenstehende wurden zur Mitarbeit gewonnen, und Pfingsten findet das erste Reichsjugendtreffen statt. Eines müßte seitens der Reichsleitung für 1932 beachtet werden. Bei 23 Landesverbänden des Ostbundes müßte darauf gehalten werden, daß auch 23 Landesverbands-Jugendleitungen nicht nur sieben laut Statistik, und bei 405 Ortsgruppen mindestens 250 Jugendgruppen bestehen. Hierin dürfte eine Hauptaufgabe des Bundes liegen. Hier muß der Grundsatz gelten: „Zu jeder Ortsgruppe eine Jugendgruppe." „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft"; dieses wahre Wort sollte uns allen dauernd in den Ohren gellen, damit nicht dereinst der Tag kommt, da Versäumtes nicht mehr einzuholen ist, und uns nicht die Zeit überflügelt. Der Wille soll hier zum „eisernen Muß" werden und „wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg". Diese Erfahrung habe ich auch in Niederschlesien machen müssen. Zahlreich, ja fast erdrückend, waren all die Gründe, die man mir für das Nichtzustandekommen von Jugendgruppen anführte; aber alle mußten fallen.

Bedauert haben wir überaus, daß die Bundes-Sparmaßnahmen dahin führen mußten, die Beträge für die Jugendarbeit im Etat zu kürzen. Wir hegen für 1932 unbedingt die Hoffnung, daß die Unmöglichkeit dieser Maßnahme seitens des Bundes eingesehen wird. Für die Jugend verausgabte Gelder bringen immer sichtbaren Erfolg. Falsche Einstellung und gewisse Engherzigkeit würden niederschlagende Folgen haben; denn ohne uns ist kein Fortbestand des Ostbundes.

Ja, wir gehen in unseren Hoffnungen noch weiter. Die Landesverbände und auch die Ortsgruppen müssen es als ihre Pflicht ansehen, den Jungscharen finanzielle Unterstützung zu gewähren. Einsparungen können anderswo getätigt werden, wo sie als wirkliche Einsparungen angesehen werden können.

Man muß unserer Jugendarbeit weit mehr Verständnis und Interesse entgegenbringen. Dieses müssen wir unbedingt erwarten, wenn wir

nach außen hin Beachtung finden und uns auf breiterer Basis durchsetzen sollen. Und kann man unserer Arbeit kein Interesse abgewinnen, dann verlangen wir als Mindestes, daß man uns nicht hindernd im Wege steht.

Uns Jungen und Mädel möge auch im neuen Jahr ein Wille beseelen, der uns Kraft und Mut für den weiteren Weg gibt. Wir wissen, was wir wollen. Noch gilt es, ganze Arbeit zu leisten; Schwache und Laue gilt es mitzureißen; Widersacher zu meiden. Dann wird auch das Jahr 1932 uns einen Fortschritt bringen, entgegen dem Ziel: „Treue Liebe zu Heimat und Vaterland und starker Glaube an eine Deutsche Zukunft."

Willy Hoin, Waldau,
Führer der Jungscharen Niederschlesiens.

Instrumentalbegleitung beim Gruppengesang.

Sang und Klang, Lied und Instrumentenspiel wurden bei uns Deutschen von jeher als eine Einheit empfunden und miteinander gepflegt. „Musicen Klang und Menschenstimm' daneben, geben Leib und Seele neues Leben" heißt es noch in einem Loblied auf „Frau Musica" des 17. Jahrhunderts. Daß die dann einsetzende Musikentwicklung, die einerseits Virtuosentum züchtete, andererseits die Pflege des Liedes den Gesangvereinen überließ, eine Fehlentwicklung war, hat die neue Musikbewegung unserer Zeit erkannt und ist bestrebt, die ursprünglich vorhandene Einheit von Lied und Spiel wieder zum Allgemeingut deutschen Volkstums zu machen. An dieser Aufgabe wollen wir mit dem Singen und Musizieren in unseren Gruppen mithelfen.

Und das ist gar nicht so schwer, wenn wir nur darauf achten, nicht in die alten Fehler (Virtuosentum, Gesangvereinsmanier) zurückzufallen und andererseits bloßes passives Zuhören, Musikgenießen vermeiden. Jede Stimme soll etwas zu sagen haben. Musik und Lied sollen uns Gemeinschaftstun sein, Ausdruck gemeinsamen Wollens. Darum polyphone Musik: Lieder in mehrstimmigen Sätzen singen und vor allem zu den Liedern instrumentale Begleitungen spielen.

Man fängt dabei natürlicherweise ganz bescheiden an. Zunächst spielen die Instrumente die Melodiestimme mit, unterwegs auf dem Marsch, bei der Rast, im Heim. Dann geht man allmählich vom bloßen Mitspielen zum Begleiten der Melodie über, man spielt freie zweite Stimmen, Oberstimmen, instrumentale Begleitmelodien. Gutes Notenmaterial und weitere Anregungen findet man hierfür im „Musikant" von Jöde, „Jungfernkranz" von Götsch und „Strampedemi" von Hensel sowie in Partiturausgaben der Jödeschen Singstunden (Kallmeyer Verlag). Doch erfordert diese instrumentale Untermalung der Singstimme schon eine größere Fertigkeit in der Beherrschung des Instruments und verlangt andererseits ein Sich-Hineinhören in die melodische, dynamische und rhythmische Eigenart des Liedes. Letzteres wird in noch höherem Grade von der freien, nicht an die Notenvorlage geknüpften Instrumentalbegleitung verlangt. Bei der freien, nur von der Phantasie diktierten Instrumentalbegleitung achte man besonders auf die musikalischen Unterschiede der einzelnen Lieder, die natürlich auch unterschiedliche Begleitungen verlangen, und fertige nicht alles mit der stets gleichen unschönen Schrum-Schrum-Musik auf der Klampfe ab. So drängt z. B. das herbe geschlossene altdeutsche Lied zu linienhafter, schwungkräftig vorwärtsstürmender Gestaltung und verlangt eine polyphone Setzart, während dem sinnfälligen gefühlsmäßigen Lied unserer Zeit eine akkordische Begleitung besser angemessen ist. Ferner muß sich der Spieler bei der freien Begleitung immer darüber klar sein, daß er nicht für sich allein spielt, seiner musikalischen Phantasie also nicht freien Lauf lassen kann, sondern das Lied begleiten soll, und d. h., daß er in einer singenden und klingenden Gemeinschaft steht, die von dem einzelnen Anpassung und Einreihung fordert.

In noch höherem Maße wird dies von der reinen Instrumentalmusik gefordert. Und ein einfaches, schlichtes, aber zuchtvoll gespieltes Musikstück wirkt bei einem Werbeabend beispielsweise noch immer besser als ein unordentlich gespieltes, selbst wenn dieses an sich musikalisch höher steht. Als Notenliteratur ist die vom Kallmeyerschen Verlag herausgegebene „Hausmusik" von Jöde zu empfehlen, sowie die „losen Blätter der Musikantengilde".

Nun komme ich zu den Instrumenten selbst — erst jetzt —, weil das bisher Gesagte grundsätzlich für alle Instrumente gilt.

Für unsere Zwecke kommen in erster Linie Geige, Flöte und Klampfe in Frage; daneben können aber auch sehr gut Cello, Bratsche, Klarinette und Horn benutzt werden. Zum Volkstanz verwendet man gelegentlich auch die Zieharmonika mit ihrem gemütlichen Dreivierteltakt-Charakter. Die Mandoline hat mit dem deutschen Lied nichts zu schaffen. Edler Klang und reine Stimmung eines Instrumentes sind mehr wert als Bänderkram und sonstiger unnützer Tand.

Geige und Laute oder Gitarre sind in unseren Gruppen meistens vorhanden. Beide Instrumente können jedes für sich ein Lied begleiten oder zusammen die gesungene Melodie als Oberstimme und akkordische Begleitung umrahmen. Für Klampfen und Geigen finden sich schöne und auch vom Anfänger spielbare Sätze in den schon genannten Liederbüchern.

Viel zu wenig scheint mir dagegen die Flöte (ich meine hier weniger die Querflöte als speziell die Blockflöte) beachtet und benutzt zu werden. In vielen Modellen und allen möglichen Stimmlagen wird die von der neuen Musikbewegung wiederentdeckte Blockflöte heute hergestellt. Sie ist verhältnismäßig leicht zu spielen, billig und ist dabei — was ihre wichtigste Eigenschaft ist — von einer solchen schlichten Ursprünglichkeit in Ton und großer Anpassungsfähigkeit an andere Instrumente, daß sie sehr gut zur liedhaften Begleitung wie zum reinen instrumentalen Zusammenspiel benutzt werden kann. Flöten und Anweisungen zum Spielen bezieht man am besten von Otto Schneider, Magdeburg.

Es ist natürlich eine Frage der Geschmacksbildung und der geistigen Haltung, ob dem Menschen die schlichte einstimmige Weise einer Blockflöte mehr zu sagen hat als das laute und prahlerische [illegible] eines Mandolinen- und Mundharmonika-orchesters, denn: „Musik ist keine Stimmungsangelegenheit, sondern eine Gesinnungsangelegenheit."

So aufgefaßt, muß uns die Musik wieder Läuterung und Erbauung des ganzen inneren Menschen werden und in unserm Gruppenleben ein ernstes und wichtiges Erziehungsmittel zur Gemeinschaft.

Erwin Haudan, Potsdam.

Evangelische Jungen auf Grenzmarkfahrt.

Eine rechte Grenzlandfahrt sollte es werden. Schon immer hat es bei unsern Heimabenden zum eisernen Bestand gehört, daß wir von den blutenden Grenzen unseres Volkes sprachen und uns erzählen ließen, von Deutschlands Osten vor allem. Wir wollten nicht umsonst von der deutschen Not in Oberschlesien und im Elsaß gehört haben, von der Grenzmark, von Danzig und Ostpreußen. Jetzt wollten wir mit eigenen Augen sehen, wie unsäglich schwer deutsche Brüder an der Grenze leiden, so nahe an unserer Heimatstadt Berlin. Wollten es selbst sehen und hören, wie die unsinnige Grenzziehung Leben zerstückelt, erfolgreiche, frohe Arbeit zerstört und Qual und Erbitterung schafft. Bündischer Jugend Stolz und Recht ist es, ihre tiefsten Erlebnisse sich zu „erfahren", sie auf großer Fahrt zu empfangen.

So hat uns die Grenzmarkfahrt zwei Monate lang in Atem gehalten, hat das ganze Gruppenleben bestimmt und alle anderen Pläne und Unternehmungen umgestürzt und über den Haufen geworfen. Da gab es „Instruktionsstunden" für die ganze Jungenschaft vom ältesten Knappen bis zum allerkleinsten Pimpf: „Deutsche Geschichte in Posen und Westpreußen", „Wie die Grenzmark entstand", „Die Grenzschutzkämpfe", „Grenzmärkische Dichter und Landschaft". Da wurden oft und gründlich die Landkarten studiert und Bilder vom Fahrtengebiet besehen. Aber der Höhepunkt dieser Vorbereitung war es, als Dr. Franz Lüdtke über die Not des deutschen Ostens und den eigentlichen Sinn unserer Fahrt zu uns sprach. Auf einem „Grenzmarkabend" war es, zu dem wir bündische Jugend eingeladen hatten. Viele Berliner Bundeskameraden und Jungen aus anderen Bünden waren dort. Diesen Abend und Dr. Lüdtkes Worte werden wir nicht vergessen. Sie haben es uns ganz tief ins Bewußtsein gegraben, weshalb wir in die Grenzmark fahren müssen. Und dafür sind wir sehr dankbar. — Die größte Sorge machte es uns, daß unsere Kasse gähnend leer war. Und nirgends war Geld zu bekommen. Da haben wir in zwei Wochen in wilder Hetze einen „Bunten Abend" vorbereitet, der uns die Fahrt finanzieren half. Der Retter in der Not aber wurde wieder Dr. Lüdtke, der half, unser Fahrtensäckel zu füllen.

So konnten wir unsern schwarzen Wimpel mit dem weißen Schwertkreuz hineintragen ins Posener Land. Was wir erlebt haben? Viel Feines und Lustiges: Treue Bundeskameradschaft, die wundervolle Posener Landschaft, zackige Klotzmärsche und Nächte im Schweinestall. Aber etwas ganz anderes läßt uns auch jetzt nicht los, wenn wir an diese Fahrt denken. Als wir zum erstenmal an der Warthe die Grenze sahen, da kam dieses Eigene über uns: Die Grenze nahm uns in ihren Bann, und sie behielt uns fest all die Tage hindurch, daß wir nicht loskommen konnten von ihrem Bild. Von dem Schlagbaum, der deutsches Land und Volk zerstückelt, das doch nur ein Stück sein kann, der Freundschaft, Sippe und Blutsgemeinschaft auseinanderreißt, die doch zusammengehören. Wir hatten's immer vor Augen und haben es doch nicht verstehen können. Wie ein Schatten lag das über uns und allen Dingen. Und was wir sahen und hörten an der Grenze entlang bis Bomst hinunter, machte diesen Schatten nur noch schwärzer: Betsche, Tirschtiegel, Großdammer, Bomst, und dazwischen sterbendes Land, dem die Lebenswurzeln durchschnitten sind. Wir werden es nicht vergessen, wie wir sahen von dem unaufhaltsamen Untergang der Weidenindustrie, die ehedem dem Lande Arbeit und Brot gegeben hatte, werden nicht vergessen, was wir hörten vom Lomnitzer Gefecht, in dem deutsche Grenzschutzkämpfer durch schändlichen Verrat niedergemacht wurden.

Das war unsere Grenzmarkfahrt. Ganz einfach wollten wir lernen, wie es bei Grenzdeutschen aussieht. Und dabei ist uns dieses Land lieb geworden in seiner großen Not und seiner herben Schönheit. Wenn wir es nur irgend können, wollen wir zu Pfingsten auf einem Zeltlager bei den frischen Wildlingen „unsere" Grenzmark zeigen und sie sehen lassen, was wir gesehen haben.

Laut brauset droben der Sturm. / Wir reiten trotz Jammer und Klage, / wir reiten bei Nacht und bei Tage, / ein Haufe zusammengeschart: / Nach Ostland geht unsre Fahrt!

Johannes Schmock,
Bund deutscher Bibelkreise, Jungenschaft Schwertkreuz (Berlin).

Aufruf zum 1. Reichstreffen der Jungscharen des Deutschen Ostbundes zu Pfingsten 1932.

Zu den Schulungswochen des Deutschen Ostbundes konnten, der notwendigen Anlage solcher Wochen entsprechend, stets nur wenige Menschen kommen, und es ließ sich auch nicht ermöglichen, alle Jungscharen wenigstens durch jeweils einen Vertreter zu beteiligen. So notwendig nun solche Wochen sind, und so sehr wir darauf bedacht sein werden, sie fortzusetzen, so reichen sie doch für die Entwicklung unserer auf das ganze Reich ausgedehnten Bewegung nicht aus. Wir müssen neben diese, im wesentlichen auf die ostpolitische Schulung einzelner Führer zugeschnittenen Wochen, noch etwas anderes stellen, etwas, das für die Bewegung in ihrer Gesamtheit bestimmt ist.

Auf Anfrage der Reichsjugendstelle hat daher das Präsidium des Deutschen Ostbundes in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, in den Pfingsttagen dieses Jahres ein allgemeines Reichstreffen sämtlicher Jungscharen des Deutschen Ostbundes durchzuführen.

Auf Antrag der Reichsjugendstelle hat daher das Präsidium des alle Jungscharen vereinigt sein, sollen die Pommern Gelegenheit haben, die Leute vom Main kennenzulernen, sollen die Rheinländer den Schlesiern die Hand reichen, kurzum soll die ganze Jungmannschaft des Ostbundes zu einer ersten Heerschau zusammentreten.

Das Treffen findet vom Pfingstsonnabendnachmittag bis Pfingstmontagnachmittag in Gernrode am Harz statt, ist also auf mitteldeutschen Boden gelegt. Man könnte fragen, warum gerade wir nicht an die Ostgrenze gehen. Es sind zwei Gründe, die mich bewogen haben, keinen ostdeutschen Platz in Betracht zu ziehen. Einmal ist die Entfernung vom Westen zum Osten so groß, daß es bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen wohl kaum einer Gruppe aus dem Westen möglich sein dürfte, die Kosten der weiten Fahrt für alle aufzubringen, und nur für einzelne „Vertreter“ soll dieses Reichstreffen ja nicht bestimmt sein. Aber es ist noch ein zweiter Grund, und der scheint mir fast noch wichtiger zu sein. Wer in den Osten geht, übernimmt eine besondere Verpflichtung der in ständigem Grenzkampf stehenden Bevölkerung gegenüber und sollte dort nur dann hervortreten, wenn der Kreis, der sich zusammenfindet, eine in sich fest geschlossene Gemeinschaft darstellt, die in der Gesamtheit und durch jedes in Erscheinung tretende Einzelmitglied eine äußere und eine innere Haltung zum Ausdruck bringt, die den dem Verzweifeln nahen Grenzmärker seelisch stärkt und ihm zeigt, daß in der binnendeutschen Etappe auch Menschen leben, denen die Grenzfrage mehr als eine Angelegenheit von Reden und schönen Worten ist. Diesen Höchstforderungen genügen wir als Gesamtheit jedoch noch nicht, und deshalb kommen wir zunächst an einer Stelle zusammen, die es uns ermöglicht, die innere Sammlung zu finden, die uns zu der Gemeinschaft werden lassen soll, die uns dann befähigt, als eine geschlossene Schar in Bereitschaft zur Tat nach dem Osten zu gehen.

Gernrode ist aber auch nicht irgendein Ort in Mitteldeutschland, sondern die Stelle, an der Gero, der Größe seiner Zeit, begraben liegt, einer von jenen Menschen, ohne deren Lebenstat der deutsche Osten undenkbar wäre. Wenn wir uns also Pfingsten in Gernrode treffen, so verpflichtet uns dieses zu einer besonderen inneren Einstellung, denn wir gehen zu einer der Stätten, die für unsere Bewegung symbolisch-heiligen Charakter haben.

Wir haben daher an uns Anforderungen zu stellen, und jede Jungschar wird die Zeit bis Pfingsten dazu nutzen, soweit an sich zu arbeiten, daß sie auf dem Treffen vor allen anderen bestehen kann. Wer glauben sollte, Pfingsten einige Tage des Amüsements verbringen zu können, und wer die Fahrt zu dem Reichstreffen als eine nette Abwechslung auffaßt, dem sei schon heute gesagt, daß er besser tut, zu Hause zu bleiben.

Das Treffen wird unter drei Leitgedanken stehen, die für die junge Generation Deutschlands maßgebend geworden sind: der Einfachheit in der Lebensweise, der Kameradschaft und der Erkenntnis von der Verpflichtung dem deutschen Osten und der deutschen Zukunft gegenüber.

Dementsprechend werden wir auch nicht in Gasthäusern, ja auch nicht in Jugendherbergen untergebracht sein, sondern wir werden in verschiedenen Dörfern ein feldmäßiges Scheunenquartier beziehen, und diejenigen Gruppen, die über ausreichende Zelte verfügen, werden zu einem besonderen Zeltlager vereinigt werden. Strengste Disziplin wird bei allen Veranstaltungen herrschen, und jeder Führer sei sich von vornherein darüber klar, daß er für das Auftreten seiner Schar verantwortlich ist. Nur wenn es jeder von uns im Bewußtsein hat, daß die Gernroder Bevölkerung in jedem einzelnen nicht nur den Vertreter irgendeines Bundes sieht, sondern ihn gleichzeitig auch als Verkörperer der deutschen Ostidee wertet, und wenn jeder von uns dementsprechend handelt, dann kann es erreicht werden, daß die Pfingsttagung nicht allein für uns durch den Zusammenschluß der heute noch losen Einzelgruppen zu einer Tatgemeinschaft wertvoll wird, sondern dann kann dieses erste Reichstreffen der Jungscharen des Deutschen Ostbundes auch ein bedeutsamer Auftakt für die kommende Haltung eines Teiles Mitteldeutschlands zum Osten überhaupt werden.

Über alle Einzelheiten berichtet in den nächsten Tagen ein besonderes Rundschreiben. Ostheil!

Euer Ernst Otto Thiele.

Die Jungschar „Hermann Balk“ im Jahre 1931.

Wieder liegt ein Jahr Arbeit hinter uns, und wir können mit Recht sagen, daß wir ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. In den 24 Zusammenkünften befaßten wir uns mit geschichtlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen, die unsere deutsche Ostmark betreffen, wir versuchten, sie unter Leitung von Herrn Studienrat Laskowsky in großen Zusammenhängen verstehen zu lernen. Wir nahmen nicht nur Abschnitte aus Büchern über ostmärkische Geschichte regelrecht durch, sondern wir sammelten, ein jeder aus der Zeitung seines Vaters, Zeitungsaufsätze und Meldungen, um sie an den Jungscharabenden zu besprechen. Dabei lag es uns weniger daran, in schulmäßiger Weise Fortsetzung an Fortsetzung zu reihen, sondern wir betrachteten alles in größeren Zusammenhängen. Einzelne Vorträge von Mitgliedern der Jungschar vertieften dann eine bestimmte Frage. Die Zeitschriften: „Heilige Ostmark“, „Die Jugendherberge“, „Grenzfeuer“ sowie „Der junge Ostmärker“ werden regelmäßig, teils an den Abenden, teils im Wechsel der Mitglieder gelesen. Aber auch im Spielen, Singen und Wandern kamen wir „Jungen“ zu unserem Recht. Von den zwei größeren Wanderungen, die wir gemacht haben, war der einen Ziel der Vogelsberg, die andere führte uns nach Altheide. Fleißig sangen wir bei diesen Gelegenheiten auch die Lieder, die wir in den Osterferien auf der Jungscharwoche im Jugendhof Hassitz gelernt hatten. Diese Jungscharwoche in Hassitz war für uns das größte Ereignis des letzten Jahres. Wohl keiner Jungschar ist es vergönnt, mit fast sämtlichen Mitgliedern eine solche Schulungswoche mitzumachen, solche Tage zu erleben, die ganz dem Ziele unserer Arbeit gewidmet sind. Sie haben unsere Gemeinschaft zu einem festen Block geschmiedet.

Wie im ersten Jahre haben wir auch heuer wieder unseren Stolz darein gesetzt, die Festveranstaltungen der Ortsgruppe Glatz des Deutschen Ostbundes durch Vorträge und Aufführungen zu verschönen. So wirkten wir an der Faschingsfeier durch ein „Hans-Sachs“-Spiel, Schattenbilder u. a., bei der Adventsfeier und bei der Weihnachtsfeier mit, über die der „Glatzer Gebirgsbote“ einen eingehenden Bericht brachte.

Auch die Kassenverhältnisse zeigten gegenüber dem Vorjahre eine merkliche Steigerung, ungeachtet der Ausgaben, die gegenüber denen des Vorjahres erheblich angewachsen waren. — Die Mitgliederzahl ist von 20 auf 38 gestiegen. Wir freuen uns ganz besonders, daß der Geist und die Arbeit der Jungschar auch andere Jungen und Mädel, die nicht von Vertriebenen aus den uns entrissenen Gebieten stammen, in unsere Reihen geführt hat, daß wir Anerkennung unseres Wollens nicht nur in Glatz, sondern auch bei unserer Reichsleitung gefunden haben.

Adventsfeier in der Grenzmark.

Meseritz, Jugendherberge. Dürftig die Herberge, fast wie der Stall von Bethlehem. Aber was macht das! Es ist Advent. Und Jugend.

Der Kranz flammt. Überall flammt es. Kieferngrün, Kerzen. Und aus allen Bünden kommen sie, am meisten aus der Freischar junger Nation, die — zwölf Jahre sind es her — hier Dr. Franz Lüdtke begründet hat. Übervoll der Saal.

Strophen klingen auf. Ja, es ist Advent, und Weihnacht naht. Aber auch Ostmark ist. „Nach Ostland geht unser Ritt!“ Von draußen fährt der Wintersturm wider die kleinen Fenster und durch die Ritzen, daß die Lichter flackern.

Marie Matthias erzählt: vom Advent 1918, von Polenart, deutschem Kampf, Grenzschutz, Niederbruch, Aufstieg. Wie die Kiefer sind wir, der Baum unserer Heimat, den der Sturm beugen, nicht aber brechen kann. Und liest Lüdtkes Lied von der Ostmark-Kiefer.

Dann spricht Franz Lüdtke selbst. Vom Advent, als der Ankunft, dem Aufbruch. Advent ist Erwartung; nur Jugend, nur ein junges Volk kann noch erwarten. Wir sind noch jung. Und er führt uns in seine Heimat, an die rauschende Weichsel, zu den Siedlern und Rittern, über Jahrhunderte hinweg, in die größte Jugendbewegung Deutschlands: die Ostkolonisation. Der Alte Fritz steht da, mit dem Krückstock. Der Führer steht da. Wo ist der Führer? Wo ist heute der Führer? Erwartung, Advent. Und der Lichtkreis flammt Zeiten zurück, zu Baldur hin, zum Jul- und zum Christfest, und Zeiten voraus, wenn auf deutscher Ostlanderde wieder Weihnacht gefeiert wird.

Zu Ende das Wort. Aber niemand rührt sich, nur einige gehen, da das letzte Lied erklang.

Aber die andern bleiben. Sie wollen noch etwas, brauchen es noch. Was? —

Da nimmt Franz Lüdtke seine Gedichte und liest... Und während von Osten der Schneewind heult, ersteht eine andere Welt...

Gerard Tellbrot. — Hans-Joachim Biebrach, Glatz.

Schulungsabende für die Jungscharen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg bat Sachkenner, seine Jungscharen in die Probleme des deutschen Ostens einzuführen.

Ausgangspunkt unserer Erörterungen bildete am ersten Abend die Erkenntnis: Wer den geistigen Kampf um unsere Ostmark mitkämpfen will, muß sich dazu rüsten. Dazu gehört, daß er den Gegner in seiner Stärke und seiner Schwäche kennt. Da in alle Ewigkeit die Mutter Erde die Grundlage jedes menschlichen Seins ist, gilt es, zunächst das Land des Gegners kennenzulernen.

Dieses Gebiet studierten wir nun an Hand der Karte und besprachen die natürlichen Landschaften, Eiszeit, Urstromtäler, Schätze auf und unter der Erde, natürliche und künstliche Verkehrswege und heutige Bewohner nach ihrer Volkszugehörigkeit sowie Zahl und Dichte ihrer Siedlungen.

Den zweiten Abend stellte ich unter den Leitgedanken: Völkerwanderungen im Osten. Begriffe wie urpolnische Erde am Bober und an der Spree, Lausitzer Kultur, Wissenschaft des Spatens, gotische Ortsbezeichnungen mit slawischer Zunge gesprochen, Wissenschaft der Sprachvergleichung standen im Mittelpunkt unserer Betrachtung. Was ist wahr an der polnischen Behauptung, daß die angeblich urpolnische Erde bis zur Elbe stets von Polen bewohnt gewesen sei, daß nur vorübergehend eine Herrenschicht von Eroberern gewalttätigster Art und verschwindender Zahl, von barbarischer Kultur die zahlreiche Urbevölkerung polnischer Stammeszugehörigkeit unterdrückt habe, bis diese nach dem Abzug der Germanen zur Zeit der Völkerwanderung der ersten Jahrhunderte nach Christus aus dem Dunkel der Unterdrückung wieder auftauchte? Warum setzte seit 800 schon ein Rückstrom der Germanen nach Ostland ein? Politische und kulturelle Ursachen im Lande links, im Lande rechts der Elbe; hinausdrängen dort — herbeirufen hier; welche deutschen Stämme waren hierbei beteiligt? Wer rief sie? Wer führte sie? Die Gründungen zu deutschem Recht! Schulzendörfer — Holländereien, die Stadt.

Der dritte Abend. Herr Dr. Kredel zeigte uns, daß man auch in Polen Sorgen hat. Polen als Nationalitätenstaat hat seine Sorgen wegen der sehr starken Minderheiten, denen gegenüber der Staat durch internationale Verträge gebunden ist. Der Vortragende zeigte die Regierungskunst Polens, die Minderheiten zu beugen: Agrarpolitik, Enteignung, Besteuerung, Erteilung und Entziehung von Konzessionen, Schulwesen, Vereinswesen, Wahlen, Prozesse wegen angeblichen unloyalen Verhaltens...

Am vierten Abend zeigte uns der Präsident des Deutschen Ostbundes, Herr Geheimrat Schmid, ein hervorragender Mitarbeiter in ostdeutschen Regierungen, aus eigenem Mitwirken und Erleben die Grundzüge der Regierungspolitik. Wie die Kolonisationstätigkeit jener seit dem Mittelalter von polnischen Fürsten und polnischer Geistlichkeit herbeigerufener Deutschen selbstverständlich diesen Deutschen zunächst frommen sollte, aber durch ihre höhere Werte schaffende Arbeit den polnischen Grundbesitzern mit Diensten, Abgaben, Pachtzinsen einen gegen den bisherigen unvergleichlich höheren Nutzen schufen; wie dann der alte Fritz entsprechend seinem Grundsatze vom ersten Diener des Staates von seinen nach dem Osten entsandten besten Verwaltungsbeamten das Beste für alle ohne Unterschied verlangte entsprechend seiner Einstellung. So hat auch die folgende preußische Regierung bis auf den letzten Tag „ihre Sonne auf Polen wie auf Deutsche scheinen lassen" in einer solchen Korrektheit, daß man beim Miterleben der heutigen polnischen Regierungsmethoden mehr Härte in jener Zeit gewünscht hätte. Oberster Grundsatz aller Verwaltung ist Sachlichkeit; Abwägen gegensätzlicher Forderungen und Ausgleichen von Gegensätzen; kluge Vorausschau und Erkenntnis der Entwicklung; Gesamtwohl geht vor Eigennutz; Enteignungsgesetz nach seiner Veranlassung, nach seinen Absichten, nach seiner Durchführung und nach seiner Wirkung; Schulverwaltung, Schulstreik, Geistliche und Rechtsanwälte in ihrer Abhängigkeit nach oben, als Organe der polnischen Politik und Führer der urteilslosen Massen.

„Insel Ostpreußen" das Thema, Herr Dr. Thiele, der Reichsjugendleiter des Deutschen Ostbundes, der Vortragende des fünften Abends. Im Wechselgespräch rückte die Versammlung den Problemen zu Leibe und erörterte sie vom ABC der Lage, Reisemöglichkeiten, Ausdehnung, Isolierung — — bis zu den verwickelten Fragen: Wie sind die Schwierigkeiten zu lösen? Wert und Unwert, Bedrohung und Sicherung der Provinz für beide Gegner, Tatkraft, Selbstvertrauen, Bekennermut und Wünsche der Bewohner, Hilfe des Mutterlandes, Hoffnungen auf zunehmende Erstarkung des Weltgewissens.

Am Schlußabend brachte ich keine Theorien, sondern auf Grund der Erfahrungen die Gegenwart: Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen jeder Kolonisation, alles was zum Rüstzeug für den gehört, der das heutige Siedlungswesen, das große Werk zur Ostsiedlung sowohl als das der Randsiedlung der Gegenwart verstehen und dabei als verantwortlicher Staatsbürger mitarbeiten will. M. Baade.

Bücher, die uns angehen.

Für Heim und Fahrt:

Das wartende Land. Von Paul Fechter. 452 Seiten. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. 1931. Geb. 7,50 RM.

Wo die Quellen des Volkstums verschüttet sind, wo der einzelne nicht mehr in lebendiger Verbindung zu dem Boden, dem er entstammt, steht, kann sich keine wahre Volkskultur mehr entfalten und muß sich notgedrungen jene anonyme Weltzivilisation breitmachen und der Zustand allgemeiner Haltlosigkeit und Auflösung eintreten, unter dem wir heute so stark leiden. Um so wertvoller ist es, wenn diejenigen, in denen noch bodenständige Kräfte wirken, es unternehmen, der Allgemeinheit wieder die Wege zu erschließen, die zu dem verlorenen Volksempfinden zurückführen.

Ein solcher Führer ist Paul Fechter, der in dem vorliegenden Bande die Erlebnisse seiner west- und ostpreußischen Jugendzeit so lebensvoll schildert, daß wir mit innerster Anteilnahme dem Leben jener standesbewußten Handwerker folgen und tiefe Achtung vor ihrer gegen unsere heutigen Bedürfnisse so anspruchslosen, aber doch so reichen Lebenshaltung empfinden. Dr. Th.

*

Das Bürgerhaus in den Posener Landen. Von Alfred Grotte. 111 Seiten. Mit 178 Abbildungen. Verlag M. u. H. Marcus, Breslau. 1932.

Die etwas abseitige Lage der vielen kleinen Städte des Posener Gebietes macht es erklärlich, daß den Bauwerken dieses Landes in der deutschen Öffentlichkeit im allgemeinen nicht die Beachtung geschenkt wird wie den weltbekannten Erzeugnissen der Baukunst der Hansestädte, des Rheinlandes oder Frankens. Und doch verdienen es alle die lieben Nester wie Fraustadt oder Meseritz, Lissa und Rawitsch, daß man sich auch etwas um sie kümmert, denn manche Perle der Architektur und namentlich viel Anheimelndes — man denke nur an die Vorlaubenhäuser von Rackwitz — ist in diesen Städten zu finden. Es ist deshalb ein hohes Verdienst, das sich der Breslauer Verfasser und der in der Arbeit für den Osten so rührige Verlag mit der Herausgabe dieses Buches erworben haben, das nicht nur für den Bauhistoriker, der in den beigefügten Abbildungen und Zeichnungen viele Anregungen finden dürfte, sondern für jeden Menschen von Interesse ist, für den die Kulturschöpfungen der deutschen Vergangenheit mehr als historischen Wert haben. Dr. Th.

Für die ostpolitische Schulung:

Kampf um Preußenland. Herausgegeben von Fr. Heiß und A. Hillen Ziegfeld. Mit zahlreichen Karten und Tabellen. Volk und Reich Verlag. Berlin 1932. Kart. 3 RM.

Aus der wertvollen wissenschaftlichen Ostarbeit des Verlages, die wir bereits mehrfach würdigen konnten, ist diese Schrift entstanden, die in der Aufklärungsarbeit im Kampf um das Ostland eine wertvolle Hilfe werden dürfte. Die Probleme Danzigs und Ostpreußens sind in Einzelaufsätzen bester Sachkenner in ihrer vielseitigen Wechselwirkung im kulturellen und politischen Leben des Nordostens dargestellt. Ausgezeichnetes Kartenmaterial bringt eine besonders lebensvolle Ergänzung zu den textlichen Ausführungen.

Das Buch eignet sich in ganz besonderem Maße zur Vorbereitung von Schulungskursen und sollte namentlich überall dort verbreitet werden, wo die Verhältnisse des Ostens noch nicht genügend bekannt sind. Dr. Th.

*

Gegen den Korridor. Von Axel Schmidt. 40 Seiten. Verlag Edwin Runge, Berlin 1932. Kart. 0,55 RM.

Es ist von besonderem Wert, daß durch diese Broschüre einmal eine zusammenfassende Darstellung der Äußerungen gegeben wird, die maßgebende Persönlichkeiten der polnischen Öffentlichkeit zum Korridorproblem getan haben, und daß in Verbindung hiermit die Verteilung der deutschen und der polnischen Bevölkerung im Korridorgebiet während der Vorkriegszeit an Hand des zugänglichen statistischen Materials untersucht wird. Bemerkenswert sind die als Anlage beigefügten Zitate bekannter Polen, die den Raub weiterer deutscher Gebiete fordern. E. O. Th.

*

Das Deutschtum in Polnisch-Schlesien. Herausgegeben von Viktor Kauder. Mit einer Karte. Verlag: Günther Wolff, Plauen i. V. 1932.

In diesem Sammelwerk über Oberschlesien und das angrenzende Gebiet ist erstaunliches Material über die landes- und volkskundlichen, über die kirchlichen und minderheitspolitischen Fragen sowie über das Wirtschaftsleben des Landes zusammengebracht worden. Von der frühesten Vorgeschichte bis in die jüngste Gegenwart hinein rollt sich das Kulturbild des Landes vor dem Leser ab, und wer auch nur einzelne Aufsätze des 460 Seiten starken Bandes durchgelesen hat, muß das Empfinden gewinnen, daß dieses Oberschlesien wohl „am Ende des Reiches", aber keinesfalls „fern von gebildeten Menschen" gelegen ist. Prachtvoll sind die beigefügten Bildtafeln, von denen ganz besonders diejenigen fesseln, die den Menschen des Landes zeigen, den Bauern und den Bergmann, die gestaltenden Kräfte des Landschaftsbildes.

Das Werk ist als 4. Band der auch sonst sehr empfehlenswerten Schriftenreihe „Deutsche Gaue im Osten" erschienen. Dr. Th.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Ernst Otto Thiele, Berlin-Lichterfelde-West. — Verlag: Deutscher Ostbund E.V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf C 1 Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Polnische Fragen vor dem Völkerbundsrat.

Der Völkerbundsrat trat am 25. Januar unter dem Vorsitz des Vertreters Frankreichs, Paul-Boncour, zu seiner 67. ordentlichen Tagung zusammen. Die Deutsche Regierung hatte an das Völkerbundssekretariat die Aufforderung gerichtet, die Frage der Anwendung der polnischen Agrarreform zum Nachteil der deutschen Minderheiten in Polen auf die Tagesordnung zu setzen. Weiter stehen an Minderheitenfragen die Beschwerde der ukrainischen Minderheit wegen der Vergewaltigungsmaßnahmen der polnischen Regierung, und die Beschwerde des Fürsten Pleß gegen Polen. Ferner stehen unter den 41 Punkten der Tagesordnung drei Danziger Fragen zur Erörterung. Einmal die Gdingener Frage, da gleichzeitig Danzig und Polen gegen die Entscheidung des Völkerbundskommissars bei dem Rat Berufung eingelegt haben. Dann die Rechtsstellung der polnischen Minderheit in Danzig, sowie die seit langem vor dem Völkerbundsrat schwebende Frage des „Port d'attache".

In Warschau fanden um die Jahreswende Verhandlungen zwischen Dr. Prinz von Pleß und Vertretern der Staatsregierung statt, um die bekannte Steuerklage des Prinzen auf dem Vergleichswege beizulegen. Die Klage steht jetzt trotz der polnischen Bemühung auf der Tagesordnung des Völkerbundsrates. Bei dieser Gelegenheit soll an einen Zwischenfall erinnert werden, der sich gelegentlich der letzten Völkerbundstagung im September 1931 ereignete und für die Skrupellosigkeit der polnischen Diplomatie charakteristisch ist:

Die polnische Abordnung in Genf verlangte telephonisch vom Warschauer Finanzministerium die unverzügliche Beschaffung einer Erklärung des Fürsten Pleß, daß dieser mit den bisher gegenüber der Pleßschen Verwaltung getroffenen Anordnungen des polnischen Finanzministeriums zufriedengestellt sei. Diese Erklärung brauchte die polnische Abordnung für die vor dem Völkerbund schwebenden Verhandlungen über die Beschwerde des Fürsten Pleß gegen die von der polnischen Regierung ergriffenen Gewaltmaßnahmen. Ein polnischer Senator(!), der als Rechtsanwalt von früher her eine Vollmacht des Fürsten Pleß besaß, hat daraufhin an das Warschauer Finanzministerium ein Schreiben gerichtet, in dem er angeblich im Auftrage des Fürsten Pleß die gewünschte Erklärung abgab. Das Schreiben wurde jedoch in Wirklichkeit unter dem direkten Diktat des polnischen Finanzministers aufgesetzt, wobei zur Abfassung des Schreibens ein hoher Beamter des polnischen Außenministeriums hinzugezogen wurde. Tatsächlich war die Vollmacht des polnischen Senators nicht ohne Grund, bereits am 1. September, d. h. vor der Abfassung des Briefes, abgelaufen. Dem polnischen Finanzministerium war überdies offiziell von der Pleßschen Verwaltung mitgeteilt worden, daß der Senator nicht berechtigt war, irgendwelche verbindlichen Erklärungen im Namen der Pleßschen Verwaltung abzugeben. Trotzdem erfolgten die Abfassung und Absendung des Schreibens ohne Fühlungnahme und ohne Wissen des Fürsten Pleß. Das somit gefälschte Schreiben wurde von der polnischen Delegation sämtlichen Ratsmächten übermittelt und in dem Sinne ausgenutzt, daß ja nunmehr die Pleßsche Beschwerde aus der Welt geschafft sei. Die polnische Delegation hat gewiß damit gerechnet, daß das Manöver dem Fürsten Pleß nicht bekannt würde und der Rat auf Grund dieses Dokumentes die Beschwerde als erledigt erklären werde.

Fürst Pleß erhielt jedoch Kenntnis und richtete sofort an den Generalsekretär des Völkerbundes sowie an den Berichterstatter im Rat, den japanischen Botschafter, die schriftliche Erklärung, daß das von der polnischen Regierung herumgereichte Schreiben null und nichtig sei, der Urheber keinerlei Mandat hatte und die Absendung des Schreibens ohne Wissen und Zustimmung des Fürsten erfolgt sei. Der Versuch der polnischen Regierung, eine Beschwerde aus deutschen ostoberschlesischen Minderheitskreisen mit Fälschermethoden zunichte zu machen, war hierdurch mißglückt.

Danzig und Gdingen.

Danziger Volksentscheid gescheitert.

Bei dem von den Kommunisten veranlaßten und von der Sozialdemokratie und Polen unterstützten Volksentscheid auf Auflösung des Danziger Volkstags wurden am 24. Januar insgesamt 77 109 Stimmen abgegeben, davon mit Ja 75 331, mit Nein 687, ungültig 1091 Stimmen. Wahlberechtigt waren 228 044. Zum Gelingen des Volksentscheides hätte die Hälfte der Wahlberechtigten abstimmen müssen, das sind 114 023. Damit ist der Volksentscheid endgültig gescheitert. Es fehlten an der erforderlichen Stimmenzahl 38 005 Stimmen. Die Wählerbeteiligung betrug im ganzen 33 v. H. Am schwächsten war sie in Zoppot, wo nur 22,4 v. H. abstimmten, am stärksten in den drei Landkreisen mit 36,4 v. H. (Niederung 38,9, Höhe 35,8, Werder 35,2 v. H.), in der Stadt wählten 33,5 v. H. der Wahlberechtigten. Es ergibt sich somit im Vergleich zur letzten Wahl folgendes Bild: Die Anhänger des Volksentscheides brachten bei der Wahl im November 1930 auf: 76 536 Stimmen (Sozialdemokraten 49 965, Kommunisten 20 194 und die Polen 6377 Stimmen), jetzt: 75 331 gültige Ja-Stimmen (— 1205 Stimmen). Die alte Stimmenzahl wurde also nicht erreicht. Die bürgerliche, von den Nationalsozialisten gestützte Regierung steht fest.

Konstruktionsfehler in Gdingen.

Nach einer Darstellung des „Slowo Pomorskie" muß die Anlage des polnischen Hafens Gdingen als ein großer Mißerfolg leitender polnischer Techniker bezeichnet werden. Da die Leistungsfähigkeit des Hafens durch die Ungeschütztheit gegen schädigende Ostwinde sehr herabgesetzt wurde und auswärtige Schiffahrtsgesellschaften daher erhöhte Schiffsprämien für nach Gdingen gesandte Schiffe zahlen mußten, entschloß sich die Hafenverwaltung zu einem kostspieligen Umbau mit einem Aufwand von 20 Mill. Zloty. Hierbei war insbesondere die Sicherung des Hafens durch neue Molenbauten vorgesehen. Nun stellte sich heraus, daß bei diesen Umbauten große technische Fehler zu verzeichnen waren. Vor allem soll der Chefingenieur Taddäus Wenda, der das Hafenbauprojekt entworfen und ausgeführt hat, seines Postens enthoben werden. Für ihn soll der Abteilungschef für Seeangelegenheiten in Warschau, Ingenieur Radzyminski, die weiteren Hafenbauten in Gdingen leiten. Zudem ist auch ein durchgreifender Wechsel im gesamten Personal der Hafenbauabteilung in Gdingen eingeleitet worden. Polen wird keine ungetrübte Freude an seinem Hafen zuteil.

Drei Eisenbahn-Entscheidungen.

Der Völkerbundkommissar Graf Gravina hat in den seit längerer Zeit in der Schwebe gehaltenen Danzig-polnischen Streitfragen über die Verwaltung der Danziger Eisenbahnlinien durch Polen nunmehr drei Entscheidungen getroffen. Nachdem in unzulässiger Weise in Einzelfällen Danziger Bürger des Betriebspersonals der Danziger Eisenbahn zur Dienstleistung auf polnisches Gebiet versetzt worden waren, bestimmt eine jetzige Entscheidung des Völkerbundkommissars, daß Danziger Eisenbahner nicht ohne ihre Zustimmung außerhalb des Gebietes der Freien Stadt beschäftigt werden dürfen. Diese Entscheidung regelt sodann noch den Wirkungskreis des nach den Verträgen zuständigen Danziger Regierungsvertreters bei der polnischen Staatsbahnverwaltung in Danzig und umgrenzt gemäß den Anträgen Danzigs den Begriff des Betriebspersonals der Eisenbahn.

Auf die von Danziger Seite bisher angestrebte Trennung der Verwaltung der Danziger Eisenbahnlinien von der Verwaltung durch eine polnische Direktion, die sich vorzugsweise mit der Verwaltung rein polnischer Eisenbahnstrecken beschäftigt, ist eine weitere Entscheidung des Völkerbundkommissars ergangen. In Zukunft ist nach dieser Entscheidung für die Danziger Eisenbahnlinien eine besondere Verwaltungseinheit zu bilden, die von den Polen so ausgestaltet werden muß, daß die Eisenbahnverwaltung all ihren Verpflichtungen gegenüber Danzig nachkommen kann.

Die von der Danziger Regierung beantragte Entscheidung der Frage des Aufsichtsrechtes der Freien Stadt hinsichtlich der Danziger Eisenbahn im Sinne der Eisenbahnverkehrsordnung ist allerdings gegen die berechtigten Forderungen Danzigs auf Beachtung des Staatshoheitsrechtes und der Betriebssicherheit ausgefallen. Es ist anzunehmen, daß hiergegen von Danziger Seite Berufung vor dem Rat des Völkerbundes eingelegt wird.

Wie Neutomischel polnisch wurde...

Wir berichteten mehrfach über den gegen den Studienrat Werner vom Abendgymnasium in Berlin-Charlottenburg erhobenen Vorwurf des Verrats an der deutschen Stadt Neutomischel. Wegen der Beschuldigung hatte Werner nach langem Zögern und, obwohl er zugeben mußte, die Broschüre von Konrektor Paetzold: „Wie Neutomischel polnisch wurde" und die darin gegen ihn vorgebrachten schweren Anschuldigungen monatelang gekannt zu haben, gegen eine Reihe von Persönlichkeiten schließlich wegen Beleidigung geklagt. Diese Klage war vom Amtsgericht Berlin-Mitte abgewiesen worden mit der für Werner unangenehmen Begründung, daß es das Recht der Beschuldigten gewesen sei, im vaterländischen Interesse in die dunklen Vorgänge jener Zeit hineinzuleuchten und ihre Kenntnis der Dinge der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Jetzt ist die Beschwerde Werners gegen dieses Urteil zurückgewiesen worden, weil die Frist der Beleidigungsklage nicht eingehalten war und das Amtsgericht Berlin-Mitte für verschiedene Fälle gar nicht zuständig erkannt wurde. In der Begründung des Landgerichts I wird jene vernichtende Begründung des Vorderrichters in keiner Weise aufgehoben. Ob nun das Provinzialschulkollegium und das Kultusministerium die Folgerung ziehen und diesen Mann aus dem Schuldienst entfernen werden?

Beratungen über die Osthilfe.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die Osthilfe, die schon in der vorigen Woche stattfinden und zum Abschluß gebracht werden sollten, haben sich verzögert. Der Grund der Verzögerung dürfte in der Hauptsache darin liegen, daß zwischen dem Ostkommissar und dem Reichsbankpräsidium noch nicht über alle Teile des Planes, soweit er die Reichsbank berührt, Einmütigkeit herrscht. Grundsätzlich ist die Reichsbank bereit, die Rentenbankablösungsscheine zu lombardieren, es wird aber noch über die Menge, für die die Hilfe der Reichsbank in Anspruch genommen werden soll, verhandelt.

Der wesentliche Inhalt der neuen Vorlage ist folgender: Während die kleinen Gläubiger der umzuschuldenden Betriebe, Handwerker usw. möglichst in bar abgefunden werden sollen, erfolgt die Abfindung der größeren Gläubiger durch Ablösungsscheine, für die ein Gesamtbetrag bis zu 800 Mill. RM. vorgesehen ist. Zur Sicherung dieser Ablösungsscheine werden auf den umschuldeten Grundstücken Hypotheken in gleicher Höhe eingetragen, die von der Industriebank im Einvernehmen mit der Deutschen Rentenbank treuhänderisch verwaltet werden. Die erste Hälfte der Ablösungsscheine soll bis 1935, die andere bis 1942 zur Einlösung kommen. Zur Finanzierung der Einlösung dienen neben den Tilgungsbeträgen der eingetragenen Hypotheken insgesamt 365 Mill. RM. aus Mitteln, die über die Industriebank laufen, 140 Mill. RM. aus Zuschüssen des Reichshaushalts und 82 Mill. RM. aus den Reingewinnen der Rentenbankkreditanstalt und den Ausfallrücklagen der Deutschen Rentenbank. Um etwaige Ausfälle bei den Deckungshypotheken auszugleichen, soll im Osthilfegebiet ein Prozent der Rentenbankgrundschuldzinsen wieder zur Hebung gelangen. Um den Umlauf der Ablösungsscheine sofort in Fluß zu bringen, ist ihre Lombardfähigkeit bei der Reichsbank vorgesehen.

Die Notlage der Stadt Bischofswerder.

In einer Anfrage im preußischen Landtag war auf die Notlage der Stadt Bischofswerder hingewiesen worden, die durch die Grenzziehung ihres Hinterlandes beraubt worden ist. Die Einwohnerzahl hat sich in Folge des zusammengebrochenen Wirtschaftslebens der Stadt von 2400 auf 1897 verringert, von denen etwa 70 v. H. aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden müssen. Nur 19 Veranlagungspflichtige versteuern noch ein Einkommen. Der preußische Minister des Innern hat auf die Anfrage geantwortet, daß die Staatsregierung bemüht ist, im Rahmen des Möglichen der besonderen Notlage der Stadt zu steuern. Erst kürzlich hat die Stadt aus Staatsmitteln eine erhebliche Beihilfe erhalten, nachdem ihr früher schon aus der Reichsosthilfe eine größere Summe zu Entschuldungszwecken bewilligt worden war.

Entschädigungswesen.

Entwicklung der Kurse der Reichsschuldbuchforderungen.

Seit Ende Dezember v. J. haben die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen eine erhebliche Steigerung erfahren. Besonders in der letzten Zeit konnten bei Verwertung von Schuldbuchforderungen durch Verkauf erheblich höhere Kurse erzielt werden. Bei den einzelnen Jahrgängen waren im Durchschnitt Kurserhöhungen von 5 bis 10 v. H. im Vergleich zu denen Ende v. J. zu verzeichnen. Die Gründe für diese günstige Entwicklung der Schuldbuchkurse sind wohl hauptsächlich in dem Anlagebedürfnis der Anfang des Jahres zur Auszahlung gelangenden Jahres- und Quartalszinsen zu suchen. In den ersten Tagen dieses Jahres wurde allerdings diese günstige Wirkung für den Rentenmarkt durch eine größere Abgabe von Schuldbuchforderungen seitens ausländischer Besitzer gehemmt. Durch die Aufdeckung der hiermit verbundenen Umgehung der Devisenvorschriften haben die Verkäufe von ausländischer Seite aufgehört. Besonders günstig auf die Kursentwicklung der Schuldbuchforderungen wirkte sich auch der Beschluß der Baseler Konferenz aus, nach dem die ausländischen Stillhaltegelder in deutschen Wertpapieren angelegt werden sollten. Da besonders die Reichsschuldbuchforderungen den Erwerbern eine äußerst günstige Verzinsung und eventuell einen größeren Kapitalgewinn bieten, dürfte wohl ein größerer Teil der Stillhaltegelder in Schuldbuchforderungen angelegt werden. Falls nicht innen- oder außenpolitische Ereignisse wiederum einen Kursrückgang der Schuldbuchforderungen veranlassen sollten, dürfte wenigstens mit einer Behauptung des jetzigen Kursstandes zu rechnen sein. Hb.

Aufwertungsfragen.

Aufwertung der Posener Rentenbriefe.

Aus unsern Leserkreisen gehen uns verschiedentlich Anfragen bezüglich der Aufwertung der Posener Rentenbriefe zu. Wir möchten deshalb nochmals das Ablösungsverfahren der Posener Rentenbriefe bekanntgeben. Auf Grund der der Preußischen Landesrentenbank zur Verfügung stehenden Teilungsmasse werden gemäß der Verordnung über die Aufwertungsansprüche aus Rentenbriefen für die Provinz Posen vom 31. März 1931

für 3000 Papier-M. Pos. R.-Br. v. 31. 12. 1917 750 GM. Abfindungsgoldschuldverschreibungen und 202,29 RM. bar;
für 1500 Papier-M. Pos. R.-Br. v. 31. 12. 1917 375 GM. Abfindungsgoldschuldverschreibungen und 101,15 RM. bar;
für 300 Papier-M. Pos. R.-Br. v. 31. 12. 1917 75 GM. Abfindungsgoldschuldverschreibungen und 20,23 RM. bar;
für 3000 Papier-M. Pos. R.-Br. v. 1. 4. 1918 600 GM. Abfindungsgoldschuldverschreibungen und 161,83 RM. bar;
für 300 Papier-M. Pos. R.-Br. v. 1. 4. 1918 50 GM. Abfindungsgoldschuldverschreibungen und 26,18 RM bar;
für 3000 Papier-M. Pos. R.-Br. v. 1. 10. 1918 475 GM. Abfindungsgoldschuldverschreibungen und 139,23 RM. bar;
für 300 Papier-M. Pos. R.-Br. v. 1. 10. 1918 25 GM. Abfindungsgoldschuldverschreibungen und 36,42 RM. bar

gewährt. Soweit die Ausgabe der Abfindungsgoldschuldverschreibungen mit Rücksicht auf die Stückelung möglich ist, werden von dem Goldmarkwert der Papiermarkrentenbriefe demgemäß 25 v. H. in Abfindungsgoldschuldverschreibungen umgetauscht; außerdem erfolgt eine Barausschüttung von 6,743 v. H. Die Einreichungsfrist zwecks Aufwertung der Papiermarkrentenbriefe ist seinerzeit von der Preußischen Landesrentenbank (Staatsbank) vom 15. Juli bis 15. September v. J. festgesetzt worden. Genannte Bank hat sich aber bereit erklärt, die Ablösung der bisher noch nicht zum Umtausch gelangten Rentenbriefe auch nach obigem Endtermin vorzunehmen. Es besteht also die Möglichkeit für diejenigen, welche noch im Besitz von Posener Rentenbriefen sind, diese bei der Preußischen Landesrentenbank (Preußischen Staatsbank) zur Aufwertung einzureichen. Hb.

Bundesnachrichten.

Erfolgreiche Ostbund-Werbung.

Aus den von unsern Ortsgruppen eingehenden Jahresberichten ersehen wir zu unserer Freude, daß ebenso wie die Ortsgruppe Kottbus, deren erfolgreiche Mitgliederwerbung während des letzten Jahres wir in der letzten Nummer hervorheben konnten, auch andere Ostbund-Ortsgruppen durch tatkräftige, zielbewußte Arbeit ihr Ansehen in der Öffentlichkeit heben und ihren Mitgliederkreis trotz aller Zeitnöte erweitern konnten. So hat die sehr rührige Ortsgruppe Wittenberge, die bekanntlich als erste die Wanderausstellung des Deutschen Ostbundes „Der deutsche Osten" in Gemeinschaft mit der dortigen Stadtverwaltung aufgenommen und mit großem Erfolg gezeigt und damit eine Reihe öffentlicher Kundgebungen verbunden hat, die ferner im letzten Jahre in Verbindung mit ihrer vortrefflichen Jugendgruppe den so überaus glänzend gelungenen, geradezu vorbildlichen, im „Ostland" Nr. 47 ausführlich besprochenen „Flämischen Abend" veranstaltete, zu dem über tausend Personen erschienen waren, und die kürzlich einen nicht minder zahlreich besuchten und in der Öffentlichkeit viel beachteten Vortragsabend gab, an dem Hauptredner Generalsuperintendent Blau aus Posen war, ihren erheblichen Mitgliederstand im letzten Jahre um 28 neue Mitglieder erweitern können. Ferner können wir feststellen, daß die Ortsgruppe Schwerin (Meckl.) im letzten Jahre ebenfalls um 16 Mitglieder zugenommen hat und daß gleich günstige Verhältnisse noch bei einer andern Reihe von Ortsgruppen vorhanden sind. Wir hoffen, daß diese Beispiele andere Ortsgruppen anspornen werden, trotz der schwierigen Zeitverhältnisse nichts unversucht zu lassen, neue Mitglieder zu gewinnen, was natürlich nur dann möglich ist, wenn die Ortsgruppen in der Öffentlichkeit immer wieder für die großen Ziele des Deutschen Ostbundes sich nachdrücklich einsetzen und sich dadurch Beachtung erwerben. Solche Arbeit und Mitgliederwerbung sind zugleich das beste Mittel, die alten Mitglieder mit Freude und Begeisterung bei der Fahne zu halten.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

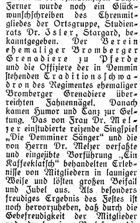
Ortsgruppe Mariendorf-Tempelhof: Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr, in Veits Gesellschaftshaus, Tempelhof, Dorfstr. 21, Kundgebung für unser Ostpreußen. Es werden sprechen: Bundespräsident Ginschel, Schriftsteller Dr. Fr. Skowronnek und W. Damer. Ostmärker und Gäste sind herzlichst eingeladen.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die **Ortsgruppe Friedrichshagen** beging am 16. Januar im Wirtshaus „Zur Klause" ihr zehnjähriges Stiftungsfest. Der Begründer der Ortsgruppe und 1. Vorsitzende, Herr Konrektor Vater, gab einen Rückblick über die verflossenen zehn Jahre; er begrüßte insbesondere den Präsidenten des Ostbundes, Herrn Geheimrat Schmid, die Vertreter des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, der benachbarten Ortsgruppen sowie den Vorsitzenden vom V. D. A.; Herr Oberschullehrer Baehr hielt einen Vortrag über das **Thema** „Land und Leute der Provinz Posen". Er sprach über die **Unkennt-**

nis, die „im Reiche" über Posen herrschte, und über die Posener Landschaft, die ihre charakteristische Eigenart habe, sei es im breiten Warthe-, Netze- und Obrabruch, sei es im tiefen Ostmarkenwald oder in den bunten Tälern des uralisch-karpathischen Höhenzugs oder in der ins Unendliche weisenden grünenden Ebene, goldgelbe Getreidefelder bergend. Herb, rauh und karg ist die Landschaft: und sie ist nicht ohne Einfluß auf die Bewohner geblieben; der Ostmärker ist wohl hart und zäh, starrnackig und widerborstig geworden, doch schlägt auch in ihm ein weiches, warmes Herz, das sich für alles Große und Edle dauernd begeistert. Auch die Bewohner polnischer Nationalität unterschieden sich gar sehr von den „Panjes" in Rußland und Galizien, da sie die deutsche Kultur erheblich umgewandelt hatte. Der Vortragende ging dann auf den Deutschenhaß der Polen ein, der auch heute noch unvermindert in Polen fortbesteht, der ständig in jeder Zeitung geschürt wird. Und die Ursache? Einmal die Furcht des schlechten Gewissens, da sie die Stärke des deutschen Kulturbesitzes fühlen und die Stärke der deutschen geistigen Kraft. Dann wurzelt der Haß auch in der Sorge, daß irgend jemand in der Welt sehen könnte, daß alles, was Polen besitzt, dem deutschen Leben sein Entstehen verdankt. Weiter sprach der Redner über das Wirtschaftsleben des Posener Landes, um dann mit einem Hinweis auf den Deutschen Ostbund zu schließen, der mit seinen über das ganze Reich zerstreuten Ortsgruppen im In- und Ausland darüber aufzuklären suche, daß der Raub und die Zerstückelung unserer Ostmark nicht nur wider göttliches und menschliches Recht erfolgt sei, sondern auch gegen jede staatspolitische Vernunft. Darum müsse in jeder deutschen Zeitung jeder Parteirichtung immer wieder zu lesen sein: Abänderung der Ostgrenzen! Kein Ostlocarno! Der Vortrag fand lebhaftesten Widerhall. Der bekannte Rezitator Bruno E. Walter (Berlin) verschönte den Abend durch ernste und heitere Vorträge, von denen erwähnt seien: „Der Trommler von Langemark" von Richelmann, „Traum von Sanssouci" von Dorothea Goebeler, „Der Eisberg" von Urban, „Mamselle L'affiche" und „Der Taubenflug" von Hans Brennert sowie die „Mobilmachung und die Tiere" von Josef Plaut. Starker Beifall lohnte den Vortragenden. Der Vorsitzende überreichte dann in Anerkennung der Verdienste um den Deutschen Ostbund den Mitgliedern, Herren Konrektoren Richard Hoffmann und Paetzold, dem Oberpostschaffner Herrn Friebel und dem Schriftführer Rohde die Treunadel des Deutschen Ostbundes; Herr Geheimrat Schmid überreichte darauf dem Festredner, Herrn Baehr, als höchste Auszeichnung die Silberne Ehrennadel nebst Besitzzeugnis.



Fahnengruppe der Ortsgruppe Demmin.

Landesverband Schlesien.

Ortsgruppe Winzig. Die Weihnachtsfeier, die am 20. Dezember im Spindlerschen Saal stattfand, war recht gut besucht. Der 2. Vorsitzende, der wegen Erkrankung des 1. Vorsitzenden die Teilnehmer begrüßte, kam in kurzen Worten auf die schwere Zeit zu sprechen, in der sich heute das deutsche Volk befinde, und sprach die Hoffnung aus, die schönen Weihnachtsfeiern bald wieder in der gewohnten Art und Weise feiern zu können. Von den Eingängen und den Rundschreiben des Ostbundes machte der 1. Schriftführer Mitteilung, da in der allernächsten Zeit eine Versammlung nicht stattfinden wird. Die eigentliche Weihnachtsfeier wurde durch den gemeinsamen Gesang eines Weihnachtsliedes eingeleitet. Theateraufführungen, Gedichte und musikalische Vorträge wechselten einander ab. Die Schlußworte des 2. Vorsitzenden, der seinen Dank für das gute Gelingen der Feier aussprach, und der gemeinsame Gesang eines Weihnachtsliedes bildeten den Abschluß der Feier. Ein Mitglied mahnte in kurzen Worten zu festerem Zusammenschluß.

Landesverband Oberschlesien.

Frauengruppe Beuthen O.-S. Am Montag, den 4. Januar, fand die Generalversammlung der Frauengruppe statt. Nach Verlesung des Protokolls erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Die erste Vorsitzende, Frau Bazanek, wurde einstimmig wiedergewählt. 2. Vorsitzende Frau Andermann, Schriftführerin Hartmann, Beisitzerin Kaletta. Trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche und ihrem erst einjährigen Bestehen kann die Ortsgruppe ganz beachtliche Leistungen verschiedener Art aufweisen. Beweis: die sehr gelungene Weihnachtsfeier, mit der mancher größere Verein nicht mitkam. Im neuen Jahr wird auch unentgeltlich Essen an die bedürftigen Mitglieder nach Maßgabe der verfügbaren Mittel abgegeben werden, dank der regen Tätigkeit der 1. Vorsitzenden.

Landesverband Vorpommern.

Die **Ortsgruppe Demmin** beging am 9. Januar ihr gut besuchtes 11. Stiftungsfest, verbunden mit der Weihe der neuen Fahne. Der Vorsitzende, Kreisbaumeister Steffen, gedachte einleitend unserer Brüder und Schwestern jenseits der weißroten Grenzpfähle und ermahnte, nicht zu ruhen und zu rasten im Kampf um die Wiedergewinnung unserer geliebten Ostmark. Hell und zuversichtlich erklang das Bundeslied. Alle erhoben sich von den Plätzen, als die neue Fahne in den Saal hineingetragen wurde. Nach einem Prolog, gesprochen von der Tochter des zweiten Vorsitzenden, Kreissparkassendirektors Arndt, hielt Kreisbaumeister Steffen die Weiherede, in der er die Farben der Fahne als Symbole der Trauer um das verlorene Land, der Entschlossenheit, es wiederzugewinnen und der Hoffnung auf den Sieg der Ostbundidee deutete. Möge die Fahne uns voranflattern in sonnigen und trüben Tagen, möge sie uns aber einst voranflattern, wenn wir in goldner Sonne wieder Einzug halten können in unsere alte geliebte Ostmark. Der Vorsitzende übergab sodann die Fahne dem Fahnenträger Schlagenhoff, der sie mit Treugelöbnis übernahm. Nach einem Schlußgedicht, gesprochen von Frl. Arndt, und dem begeistert gesungenen Deutschlandlied gab Sparkassendirektor Arndt die Glückwünsche des Bundespräsidiums und des Landesverbandes bekannt und überreichte im Namen des Präsidiums dem Vorsitzenden Steffen die silberne Ehrennadel, die höchste Auszeichnung, die der Ostbund zu vergeben hat. Diese Auszeichnung, so hob das Bundespräsidium in seinem Schreiben hervor, gelte nicht allein dem Vorsitzenden, sondern gelte der gesamten Ortsgruppe für ihre vorbildliche Arbeit in der ostmärkischen Sache. Ferner wurde noch ein Glückwunschschreiben des Ehrenmitgliedes der Ortsgruppe, Studienrats Dr. Isler, Stargard, bekanntgegeben. Der Verein ehemaliger Bromberger Grenadiere zu Pferde und die Offiziere der in Demmin stehenden Traditionsschwadron des Regimentes ehemaliger Bromberger Grenadiere überreichten Fahnennägel. Danach kamen Humor und Tanz zur Geltung. Das von Frau Dr. Melzer einstudierte reizende Singspiel „Die Demminer Sänger" und die von Herrn Dr. Melzer verfaßte und eingeübte Vorführung „Ein Kaffeeklatsch" behandelten Erlebnisse von Mitgliedern in launiger Weise und lösten großen Beifall und Jubel aus. Als besonders freudiges Ergebnis des Festes ist noch hervorzuheben, daß durch die Gebefreudigkeit der Mitglieder und durch eine Verlosung die Kosten für Beschaffung der Fahne voll und ganz aufgebracht werden konnten.

Ortsgruppe Pyritz. Die Hauptmitgliederversammlung vom 10. Januar wählte einstimmig zum 1. Vorsitzenden: Photographenmeister Rudolf Sikorski (fr. Posen-Jersitz), 2. Vorsitzenden Sabatke, Schriftführer Oestreich, Badziel, 2. Kassenführer Sietz, Beisitzer Redmann, Büttna. Eine Sammlung für die Heimatspende und die Bussespende ergab 11 Mark, hierzu wurden aus der Vereinskasse noch 4 Mark bewilligt. Am 6. Februar veranstaltet die Ortsgruppe im Vereinslokal einen Heimatabend. Der Kassenführer Georg Wellnitz führt die Kasse nunmehr 12 Jahre, gewiß ein schönes Zeichen treuer landsmannschaftlicher Mitarbeit im Ostbunde.

Landesverband Ostpommern.

Frauengruppe Köslin. Am 9. Januar feierte die Frauengruppe im Schützenhaus eine recht stimmungsvolle Weihnachtsfeier, die mit einem gemeinschaftlichen Liede eingeleitet wurde. Dann begrüßte die stellvertretende Vorsitzende, Frau Friebe, die Ostbundfrauen und besonders die zu bescherenden Altchen. Viele hätten in dieser schweren Zeit wieder beten gelernt und seien zu der Erkenntnis gekommen, daß wir Deutsche eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Je größer die Not, um so stärker müsse die Zusammenarbeit sein, und wo Hilfe nottue, müsse nach Kräften geholfen werden. Zehn Jahre bestehe nun die Frauengruppe, die sich aus bescheidenen Anfängen zu einem großen Ganzen entwickelt habe. — Eine Dame des Vereins trug darauf ein Marienlied vor; es folgten ein Adventsgedicht, von einem Kinde vorgetragen, einige Lieder und ein hübscher, flott getanzter Schneeflockenreigen. Der Weihnachtsmann (eine Dame des Vereins) beschenkte die Altchen. Mit dem Schlußlied „O du fröhliche" fand die hübsche Feier ihren Abschluß. Frau Friebe dankte herzlichst allen Spendern sowie den Damen, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt hatten.

Landesverband Westfalen.

Der **Landesverband Westfalen** hielt am 10. Januar seine Generalversammlung in Bochum, Lokal Bischoff, Alleestraße, ab. Zehn Ortsgruppen hatten Vertreter entsandt, sechs Gruppen hatten sich wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage entschuldigt, aus zwei Orten fehlte jegliche Nachricht. Nach Begrüßungsworten des Bochumer Ortsgruppen-Vorsitzenden hieß der Landesverbandsvorsitzende die Vertreter

der Ortsgruppen, ganz besonders den als Gast erschienenen 1. Vorsitzenden des Nachbar-Verbandes, Herrn Lehrer Sieg, willkommen, der treue Zusammenarbeit im Ostbund versprach. Nach Verlesung des Geschäftsberichtes für 1931 folgte der Kassenbericht und der Bericht über die Sterbekasse. Die Revisoren beantragten die Entlastung des Schatzmeisters und des Gesamtvorstandes. Der Landesverband beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Rheinland in den Ostertagen eine Schulungstagung für Ostbund-Jugendführer in der Jugendherberge „Glörrtalsperre" bei Dehlerbrück zu veranstalten. Zunächst ist die Dauer auf vier Tage festgesetzt. Die Teilnehmer, etwa 30 an der Zahl, werden zu gleichen Teilen von beiden Landesverbänden gestellt. Die Ortsgruppen zahlen für den Teilnehmer für den Tag je 1 RM., die Landesverbände übernehmen die Reisekosten für sie. In der Vorstandswahl wurde der bisherige geschäftsführende Vorstand durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Zum 1. Jugendleiter des Landesverbandes wurde Landsmann Radtke aus Wanne-Eickel, zu dessen Stellvertreter Herr Vetter aus Herne gewählt. Nachdem noch eine Reihe organisatorischer Fragen geregelt worden war, schloß der Verhandlungsleiter die Sitzung mit einem Hoch auf die Ostheimat und das Vaterland. — Anschließend versammelten sich die Mitglieder der **Ortsgruppe Bochum** zur festlichen Tagung. Herr Makowski hielt einen Vortrag, in welchem er zeigte, wie den verdrängten und erwerbslosen Landsleuten Arbeit und Brot durch die kostenlose Hergabe von Land im Osten beschafft werden könne und durch die Landnehmerbewegung die Schaffung des nationalen Volksstaates, die Befreiung der Heimat und des deutschen Vaterlandes zu erstreben sei, wobei unbedingt weltanschauliche und parteipolitische Gegensätze überbrückt werden müßten. Seinen Ausführungen wurde brausender Beifall zuteil. Nunmehr traten die einzelnen Mitglieder der Ortsgruppe auf, um mit ihrem Können die Tagung zu verschönen und die Anwesenden zu erfreuen. Bis in den späten Abend blieben Delegierte und Ortsgruppenmitglieder beisammen. Der Ortsgruppe Bochum sei an dieser Stelle noch einmal der Dank für die freundliche Aufnahme ausgesprochen.

*

Aus befreundeten Verbänden.

Herman Wirth-Gesellschaft.

Professor Dr. Herman Wirth spricht am Donnerstag, den 4. Februar 1932, abends 8 Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats, Bellevuestr. 15, zu dem Thema: Die Christianisierung der Germanen im Lichte der Kultdenkmäler. (Mit Lichtbildern.) Eintritt 1, 2 und 3 M., Mitglieder die Hälfte.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Ministerialrat i. R. Dr. jur. Arthur Schreiber

in Berlin ist am 21. Januar im Alter von 68 Jahren gestorben. Dr. Schreiber war langjähriger Landrat des Kreises Wongrowitz, als äußerst tüchtiger Verwaltungsbeamter allgemein hochgeschätzt. Er hat sich um den Kreis Wongrowitz, besonders die Erschließung des Kreises durch Bahnbauten und Neuanlegung von Kunst- und Pflasterstraßen, sowie Gründung von Drainagegenossenschaften und auch Schulbauten sehr verdient gemacht. Er genoß auch bei der polnischen Bevölkerung seines Kreises, obwohl er die Förderung des Deutschtums in der geschicktesten Weise im Auge behielt, größtes Vertrauen. Seit 1910 war der Verstorbene bei der Regierung in Bromberg, auch vorübergehend in Elsaß-Lothringen und zuletzt beim Oberpräsidium in Posen als Vizepräsident tätig. Nach Abtretung der alten Heimat an Polen wurde er als Ministerialrat in das Landwirtschaftsministerium, wo er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst im Jahre 1924 insbesondere Fragen des landwirtschaftlichen Kreditwesens bearbeitete, berufen. Er nahm als Mitglied der Grenzkommission an der schmerzlichen Aufgabe, die neue Gewaltgrenze festzusetzen, teil. Bei Kriegsausbruch stellte er sich als Rittmeister der Reserve dem Vaterlande zur Verfügung. Schreiber hat dem ostmärkischen Deutschtum in hervorragender Treue gedient und sich dadurch großes Ansehen weit über seinen früheren Verwaltungsbezirk hinaus erworben. Die große Wertschätzung, die er bei ihm unterstellten Beamten genoß, kommt in warmer Weise zum Ausdruck in einem Schreiben an uns, in dem der frühere Oberlandjäger aus dem Kreise Wongrowitz, H. Thomas, „seinem lieben alten Landrat" einen herzlichen Nachruf widmet.

Der letzte Urenkel Herders †.

Im Alter von 62 Jahren ist nach längerem Leiden Baron Carl Alexander von Herder auf Schweinitz, Kreis Grünberg, gestorben. Als letztem Urenkel Johann Gottfried von Herders schließt mit dem Verstorbenen die männliche Linie der Nachkommen des großen Dichters und Gelehrten.

*

Das **40jährige Dienstjubiläum** beging am 20. Januar d. J. der Oberpostschaffner Adolf Ulbrich, geboren am 21. April 1872, früher Springberg, Kr. Wongrowitz, jetzt Berlin-Hermsdorf, Berliner Str. 91. Ulbrich, als pflichttreuer Beamter geschätzt, gehört der Ortsgruppe Berlin-Hermsdorf an; er ist der 1. Fahnenträger dieser Gruppe. Zahlreiche Ehrungen wurden dem Jubilar vonseiten seiner Behörde, den Kollegen, Freunden und Bekannten, sowie von der Ortsgruppe zuteil.

Geboren: Ein Sohn Gerd-Dieter dem Regierungsobersekretär Bruno Dommack und Frau Elsi, geb. Dummer, Oppeln O.-S., Kasernenstr. 2, pt., beide früher in Gnesen i. Posen, am 15. 12. 31.

Vermählt: Fritz Wallmann und Frau Gerda, geb. Hirsch, in Brunow, Bez. Posen.

Goldene Hochzeit: Rentner Johann Moeck und Frau Emma, geb. Moeck, in Berlin NO 55, Belforter Str. 6, früher in Lobsens, Kr. Wirsitz, am 6. 2.; Schmiedemeister Eduard Leichnitz und Frau Minna, geb. Botzke, in Erfurt, Lachsgasse 6, früher Kostbar b. Thorn, am 31. 1.; der frühere Landwirt Wilhelm Zacharias, früher in Kotnowo, Kr. Kulm (Westpr.), jetzt in Stöwen b. Stettin, mit seiner Gattin Rosalie, geb. Ritter, am 7. 2.; der frühere Fleischermeister Joh. Aug. Albrecht in Samotschin mit seiner Frau Charlotte, geb. Klatt, am 5. 1. (A. ist seit vielen Jahren Kirchenältester; an der kirchlichen Feier beteiligte sich die ganze Gemeinde; bei der häuslichen Feier überbrachte eine Abordnung des Gemeindekirchenrates dem Jubelpaar als Ehrengeschenk ein in Grobschrift gedrucktes neues Gesangbuch); Adolf Hoffmann und Ehefrau Elisabeth, geb. Fiedler, in Essen-Borbeck, Pausmühlenstr. 16, am 29. 1. (das Jubelpaar ist 72 und 70 Jahre alt; zwei Töchter dieses Jubelpaares aus Thorn werden an dem Jubelfest teilnehmen; durch Vermittlung der Bundesleitung wurde für diese beiden Töchter von Schneidemühl ab die verbilligte Eisenbahnfahrt erwirkt); Frau Krogel und Karoline, geb. Block, in Wanne-Eickel, Deutschestr. 9 (Herrn Krogel wurde am 27. 12. 31 für zehnjährige Mitgliedschaft die Treunadel mit der Zahl 10 überreicht; das Jubelpaar ist 72 und 80 Jahre alt). (Den beiden letztgenannten Jubelpaaren Hoffmann und Krogel wird die Ortsgruppe Wanne-Eickel an den Jubeltagen eine Ehrengabe überreichen.)

Diamantene Hochzeit: Das Eigentümer Julius Steinbornsche Ehepaar in Espenhöhe b. Neuenburg (Westpr.) am 10. 1. (St. ist 84, seine Frau 80 Jahre alt, beide sind noch rüstig. Bei der kirchlichen Feier überreichte ihnen der Ortsgeistliche als Jubiläumsgeschenk des evangelischen Konsistoriums eine Bibel).

Bejahrte Ostmärker: Lehrer Franz Wandel, Vorsitzender der Ortsgruppe Steinau a. O. des Deutschen Ostbundes, am 27. 1. 60 J. (als geborener Wollsteiner besuchte er das Lehrerseminar in Rawitsch, war dann an mehreren Stellen, zuletzt, bis zu seiner Verdrängung, viele Jahre in Junikowo b. Posen tätig, woselbst er eine mustergültige Obst- und Spargelplantage angelegt hatte; in Steinau a. O. war er Mitbegründer der Ortsgruppe, deren Leitung als Vorsitzender er bald übernahm); Amtsgerichtsobersekretär und Dolmetscher a. D. Alexander Radtke in Naumburg a. Saale, Jenaer Str. 3, früher Schrimm, am 6. 2. 80 J.; Reichsbahnbeamter Otto Hirschfeld, jetzt Magdeburg, Kruppstr. 7, früher in Jaroslawice b. Moschin, Kr. Posen (Westpr.), am 12. 2. 50 J.; Frau Bertha Brunzel, geb. Girndt, Witwe des letzten deutschen Beigeordneten der Stadt Rothenburg a. Obra, bei ihrer Tochter, der Bahnhofswirtin Frau Hulda Günther in Klopschen, Kr. Glogau, am 4. 2. 82 J.; Beritt. Gend.-wachtmeister i. R. Heinrich Schröder, Kriegsfreiwilliger im 70. Gard.-Feld.-Art.-Regt. Berlin, früher Kr. Jarotschin und Schrimm, jetzt Stettin, Friedebornstr. 30, II, am 2. 2. 80 J.; Pensionär Gert Julius Breuer, Berlin-Oberschöneweide, Nixenstr. 1, früher Kirschdorf b. Gnesen, am 4. 1. 86 J. (Br. machte den Feldzug 1870/71 mit; Reichspräsident von Hindenburg übersandte dem Jubilar ein Glückwunschschreiben mit Bild); Drehscheibenwärter i. R. Carl Walter in Frankfurt a. d. O., früher Hohensalza, am 25. 1. 70 J.; Musikdir. Emil Sauer in Stade, Schulweg 9, früher in Posen-Dembsee, dort Chormeister der Gesangvereine: Germania, Liederkranz und Typographia, langjähriges Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Stade des Deutschen Ostbundes, Komponist verschiedener Männer- und gemischter Chöre, sowie Orchesterwerke, am 17. 1. 60 J.; Philipp Itzig in Neidenburg, früher Soldau, am 19. 1 70 J.; Witwe Auguste Schulz, geb. Matthes, bei ihrem Schwiegersohn, Oberpostschaffner Paul Krause, in Schwiebus, Ringstr. 7, früher Grünberg b. Obersitzko, Kr. Samter, Regbz. Posen, am 30. 1. 80 J.; Kaufmann und Armenrat Otto Apel in Posen (Jasna 13) am 21. 1. 70 J.; Altsitzer August Dews in Amthal, Prov. Posen, 95 J.; Frau Marie Scholz in Gelsenkirchen, früher Posen-Stadt, Victoriastr. 47, am 27. 1. 74 J.

Gestorben: Günter Lobs in Halle a. S., Sohn des verstorbenen Kreissparkassenrendanten Lobs in Graudenz, 29 J.; Hedwig Rau, geb. Baarsch, Ehefrau des Postschaffners Wilhelm Rau in Beuthen, Bez. Liegnitz, Tochter des Schmiedemeisters Heinrich Baarsch in Bolewitz (Posen), am 8. 11. 31; Landwirt Adolf Bloch, Wiela, Bez. Posen, am 17. 1., 69 J.; Lehrer a. D. Ludwig Boehike in Posen am 14. 1.; Frau Mittelschullehrer Wittke in Sangerhausen am 18. 11. 31, 45 J.; Kaufmann Fritz Mühlbradt in Bunzlau, Inhaber der Firma Gustav Adolph Schleh, früher Posen, früherer langjähriger Vorsitzender der Kreisgruppe Bunzlau, am 19. 1., 60 J.; Frau verwitwete Amtmann Hedwig Dreier, Kassel-Wilhelmshöhe, Schmidtstr. 12, früher Posen, am 19. 1., 56 J.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen=Westpreußen, Ostpreußen, mittlere Ostmark, Pommern und Schlesien.

Bodenschätze in der östlichen Mark Brandenburg.

Die Geologische Landesanstalt in Berlin teilt mit: Es ist wenig bekannt, welche Bodenschätze die als Sandwüste verschriene Mark Brandenburg birgt. Vom Lausitzer Braunkohlenrevier zwar wird häufiger gesprochen, daß aber die Braunkohle auch in anderen Teilen der Provinz vorkommt, das weiß der größte Teil der Bewohner nicht. In den recht steilen Talhängen des Odertales tritt die Braunkohle mit den sie begleitenden Bodenarten an verschiedenen Stellen zu Tage. Sie ist auch immer wieder abgebaut worden. Auch bei Guben steht die Braunkohle an. Die Höhen, die dort das Neißetal beträchtlich überragen, umschließen die Kohle. Eine große Reihe von Erdaufschlüssen vermitteln dem Beschauer den Aufbau und die Geschichte dieses Stückes der Erdrinde. Die Geologische Landesanstalt in Berlin hat durch die geologischen Kartenblätter Guben und Wellmitz das Verständnis der Landschaft erleichtert und macht dadurch mit den Bodenschätzen und Grundlagen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung vertraut.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg. Der verwitwete 40jährige Arbeiter Johann Kasperski aus Schulitz war seit drei Jahren arbeitslos. Da er schon seit einer Woche weder für die Kinder noch für sich Lebensmittel beschaffen konnte, borgte er sich einen Revolver und erschoß seine beiden Kinder im Alter von vier und anderthalb Jahren. Dann trank er eine Flasche Lysol aus. Die Kinder waren sofort tot, Kasperski starb auf dem Transport zum Krankenhaus.

Czarnikau (ehem. Prov. Posen). In der Reichsgräflich Hochbergschen Forst waren Arbeiter dabei, Holz, das ihnen geschenkt worden war, auszuschneiden. Dabei wurde der Arbeiter Michallak aus Guhren von einem dicken Ast getroffen und erschlagen.

Lissa. Einbrecher drangen nachts in das evangelische Pfarrhaus in Reisen ein. Sämtliche Schränke und Kisten wurden durchstöbert und alles nur Mitnehmenswerte wurde gestohlen.

Posen. Vor dem Posener Burggericht begann am 10. Dezember ein Sensationsprozeß, der ein Nachspiel der polnischen Landesausstellung vom Jahre 1929 ist. Angeklagt sind ein Baumeister und ein Ingenieur mit ihrem Personal, denen Urkundenfälschung und Betrug vorgeworfen wird. Die Angeklagten haben bei dem Aufbau der Ausstellung, die sehr großzügig angelegt wurde, verschiedene Straßenbauaufträge erhalten und sollen dabei Geldbeträge von nahezu 260 000 Zloty in Anrechnung gebracht haben, für welche sie keinerlei Gegenleistung gaben. Der Prozeß wird drei Tage dauern; 25 Personen sind als Zeugen vorgeladen, vier Rechtsanwälte verteidigen die Beschuldigten.

Rawitsch. Der Hauptgottesdienst am vorletzten Sonntag in der evangelischen Kirche galt als Abschiedsfeier für Oberpfarrer Student, der als Superintendent nach Birnbaum geht. Schwer wurden dem Scheidenden die Worte, als er der 21 Jahre seiner Tätigkeit in Rawitsch gedachte, einer Zeit, die so reich war an erschütternden Ereignissen, des Kriegsausbruchs, des Kirchenbrandes 1915, der massenhaften Abwanderung usw.

Aus Westpreußen.

Gdingen. Die Kette der Unterschlagungen polnischer Offiziere will gar nicht mehr abreißen. In fünf Fällen wurden in den letzten Wochen Offiziere wegen Unterschlagung verurteilt, erst vor wenigen Tagen mehrere Offiziere in Posen. Jetzt ist in Gdingen eine Riesenunterschlagung eines polnischen Offiziers aufgedeckt worden. Der Marineoberleutnant Alex Niklewski hat 140 000 Zloty veruntreut und im Zoppoter Kasino verspielt.

Konitz. Bei der Verteilung von Kohlen und Lebensmitteln an etwa 200 Erwerbslose im Rathausgebäude in Konitz kam es zu Zusammenstößen der Erwerbslosen mit der Polizei, die mit Gummiknüppeln gegen die Menge vorging. Die Arbeitslosen eröffneten ein heftiges Steinbombardement auf die Polizeibeamten und das Rathaus. Fast sämtliche Fensterscheiben des Rathauses wurden zertrümmert, das Polizeikommissariat demoliert und mehrere Polizisten verletzt. Schließlich wurde das in Konitz stationierte Erste polnische Schützen-Bataillon alarmiert, das mit blanker Waffe die Straße von den Demonstranten säuberte. Die Unruhen dauerten noch bis in die Nacht hinein an.

Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen von Stanislaus Mornik. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig. 1931, 154 Seiten. 9 M. Diesem Buch kommt unter den zahlreichen Neuerscheinungen zur europäischen Minderheitenfrage eine besondere Bedeutung zu. Es gibt eine systematische Darstellung sämtlicher Minderheitengruppen des polnischen Staates und der polnischen Maßnahmen gegen das Schulwesen, den Grundbesitz, das Organisations-, Kirchen- und Pressewesen der nichtpolnischen Volksgruppen. Die Ausführungen über die wirtschaftlichen Grundlagen des polnischen Expansionstriebes und über die Aussichten des Kampfes der Minderheiten gegen den polnischen Staat verdienen besondere Beachtung. Das Buch trägt ein reiches Tatsachenmaterial zusammen; es geht an die statistischen Unterlagen, auf die es sich in seinen Folgerungen stützt, mit der gebotenen Skepsis heran und wendet vor allem in der Darstellung der Nationalitätenzusammensetzung Polens kritische Methoden an, die eine größtmögliche Richtigkeit der errechneten Zahlen gewährleisten. Die Lage der oberschlesischen Deutschen bleibt in Morniks Buch unberücksichtigt, weil dort auf Grund des Genfer Abkommens besondere Verhältnisse herrschen.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Der junge Ostmärker" 16 Seiten.

Schluß der Inseraten-Annahme jeweils Mittwoch mittags 12 Uhr für die nächstfolgende Nummer.

Am Sonntag, den 24. Januar, entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Gatte, unser lieber Vater, der

Kreisobersekretär

Gustav Wende

im 49. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Emma Wende

und Kinder.

Sagan i. Schl., Bahnhofstraße 4, früher Schrimm.



Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied am Sonntag, den 10. Januar, plötzlich unerwartet unser lieber Vater, Schwieger- und lieber Großvater

Gustav Neuleib

im 86. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Helene Annussat, geb. Neuleib,
Carl Annussat,
Irmgard Annussat.

Berlin-Tempelhof,
Friedrich-Wilhelm-Str. 16.

Die Beerdigung hat am 16. Januar 1932 in der alten Heimat Bromberg stattgefunden.

Ostmärker tretet unserer Sterbekasse bei. Näh. Auskunft durch die Bundesleitung.

Starke Preisermässigung!

Wir sind in der Lage, unseren Lesern folgende Bücher zu stark herabgesetzten Preisen anzubieten. — Bestellungen sind an die **Kulturabteilung des Deutschen Ostbundes, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43,** zu richten.

Ausschneiden! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich:

..... Stck. *Laubert:* Deutsch oder slawisch? gebd. fr. 5,— M., jetzt **2,50** M.
brosch. „ 3,50 „ „ **1,50** „
..... „ Prachtwerk Ostmark (mittlere Ostmark und Grenzmark Posen-Westpreußen). „ 4,— „ „ **2,—** „
..... „ *Braun, Lüdtke, Müller-Rüdersdorf:* Entrissene Ostlande. Reich illustriert „ 8,— „ „ **3,—** „
..... „ *Lüdtke:* Grenzmark Posen-Westpreußen. Reich illustriert . . . . „ 8,— „ „ **3,—** „
..... „ *Lüdtke:* Das Jahr der Heimat. . . . „ 4,— „ „ **2,75** „
..... „ *Lüdtke:* Spuren des Lichts. . . . . „ 2,80 „ „ **1,85** „
..... „ Ostdeutsche Dichterstimmen. . . . . „ 2,— „ „ **1,—** „
..... „ Ostbund-Liederbuch. . . . . „ 1,— „ „ **—,50** „

Sämtliche Preise zuzüglich Porto.

Bezahlung erfolgt: durch Nachnahme — durch Postanweisung — durch Postscheckkonto: Berlin 104726. (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Straße: ....

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: C 1 Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstraße 7/8.